

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



2-3/2003

Buchensee 1 • 82323 Tutzing • Telefon 08158/256-0 • Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> • E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Passauer Tetralog:

Betrachtungen über italienische Politik



Noch vor den verbalen Entgleisungen des amtierenden EU-Ratspräsidenten Berlusconi und den Verstimmungen in den deutsch-italienischen Beziehungen debattierte der „6. Passauer Tetralog“ die Rolle Italiens in Europa. Es diskutierten der Historiker Rudolf Lill, der ehemalige italienische Botschafter in Bonn, Luigi Vittorio Graf Ferraris, der bayerische Europaminister Reinhold Bocklet und der Italien-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Heinz-Joachim Fischer (von links) unter der Leitung von Heinrich Oberreuter (Mitte). Foto: Jäger

Seite 7-8

Manfred Hättich gestorben



Der langjährige Direktor unserer Akademie, Prof. Dr. Manfred Hättich, ist nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 77 Jahren verstorben. Er hat die Akademie von 1970 bis 1993 geleitet und mit seinem von Offenheit, Toleranz und Pluralität geprägten Stil geformt. Die Akademie trauert um ein wissenschaftliches und menschliches Vorbild und einen großen Förderer der politischen Bildung. Die Politikwissenschaft in Deutschland verdankt ihm grundlegende demokratietheoretische Werke. Zum Gedenken an Manfred Hättich hat die Akademie eine Broschüre mit den Trauerreden herausgegeben. Auszüge finden sich auf den Seiten 10-11.



17. Juni 1953:

Ein Aufstand für die Demokratie

Gleich mehrere Veranstaltungen rankten sich um den 50. Jahrestag des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR. Prominentester Festredner in München und Plauen war Prof. Dr. Wolfgang Leonhard, Zeitzeuge und Historiker (Foto), der Hintergründe und Folgen dieser geschichtsträchtigen Tage im Juni vor 50 Jahren lebendig werden ließ. Gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung hat die Akademie ein Buch zu diesem Thema herausgegeben.

Seite 12-14

Weitere Themen im Heft:

US-Hegemonie als neue
Weltordnung? Seite 3-4

Klaus von Dohnanyi:
„Mehr Zivilcourage!“ Seite 15-16

„Kamera drauf“ – Gewöhnen
an das Entsetzen? Seite 18-20

Inhaltsverzeichnis

Akademiegespräch im Landtag: Die neue Weltordnung – unter amerikanischer Hegemonie?	3	Direktor der Akademie: Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter
Der Anti-Terror-Einsatz der USA in Südostasien	5	Vorsitzender des Kuratoriums: Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier
6. Passauer Tetrilog: Ist Italien noch ein Rechtsstaat?	7	Vorsitzender des Beirats: Siegfried Kett
EU-Erweiterung: Absage an die EU-Mitgliedschaft der Türkei	9	Kollegium:
Stoiber besucht Lehrertagung	9	Klaus Grosch Internat. Politik, Landeskunde, Sozialpolitik und -arbeit, Erwachsenenbildung
Nachrufe auf Prof. Dr. Manfred Hättich	10	Prof. Dr. Peter Hampe , Dozent Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung
17. Juni 1953: Gedenken an den 17. Juni 1953	12	Dr. Michael Piazolo , Dozent Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Ein Aufstand für die Demokratie	13	Dr. Michael Schröder , Dozent Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit
Akademiegespräch im Landtag: „Aus der Vergangenheit wird keine Zukunft“	15	Dr. Manfred Schwarzmeier Pers. Referent des Direktors Parlamentarismus- und Parteienforschung
Opfer der DDR-Justiz	16	Dr. Jürgen Weber , Dozent Politikwissenschaft, Zeitgeschichte
Mehr Qualität im Geschichtsunterricht: Geschichte als Denkfach	17	Karl-Heinz Willenborg Gesellschaft und Umwelt, Sozialpolitik und -arbeit
„Kamera drauf!“ – Gewöhnen wir uns an das Entsetzen?	18	Miriam Wolf Ethik und Politik
„Villino - 2, die Erste! Und Action!“	21	Organisationsreferat: Elke Leisching Dipl.-Betriebswirtin (VWA)
Projekttag Medien und Politik: Over newsed, aber under-informed	21	
Schülerforum – die etwas andere Tagung	22	Akademie-Report
Sächsische Verfassungsmedaille für Heinrich Oberreuter	23	Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82323 Tutzing Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: http://www.apb-tutzing.de E-Mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de
ggcagctgt aacaatattt tcagcaccta? – Gentests geben Aufschluss	24	Redaktion: Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter (verantw.)
Möchten Sie hier wohnen? Die „Heinrichs-Eiche“ zierte den neuen Innenhof	26	Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung)
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	27	Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus
Zeitungsecho – Medienstimmen – Pressesplitter	31	Druck: Offsetdruck Schwarz GmbH Rohrauerstraße 70 81477 München
Themen – Tagungen – Termine	36	Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	40	Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Akademiegespräch im Landtag:

Die neue Weltordnung – unter amerikanischer Hegemonie?

Kontroverse Positionen über die Rolle der USA nach dem Irak-Krieg

Auch wenn der diplomatische Schlachtenlärm, der im Vorfeld und zu Beginn des Irak-Kriegs die Beziehungen zwischen den USA und dem „Alten Europa“ überlagerte, einer gewissen Stille gewichen ist, besteht kein Zweifel: Die kontroverse Diskussion über die neue Weltordnung und die Rolle der USA, Europas und anderer Akteure der internationalen Politik hat gerade erst richtig begonnen. Grund genug für die Akademie, sich dieses Themas im Rahmen des 22. Akademiegesprächs im Bayerischen Landtag anzunehmen.

Zu einem im Stil verbindlichen, aber in der Sache weitgehend unterschiedliche Positionen vertretenden Meinungsaustausch konnte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter Gary Geipel, Vizepräsident des renommierten amerikanischen Hudson Instituts und Werner Link, Professor für Internationale Politik in Köln, begrüßen. Link, ein ausgewiesener Kritiker des US-amerikanischen Hegemonialstrebens, wies darauf hin, dass die USA die Welt nicht nur führen, sondern regieren wollten. Für Geipel hingegen resultiert der Vorwurf, die USA würden imperiale Ziele verfolgen, aus einem Missverständnis der amerikanischen Weltpolitik nach dem 11. September 2001.

Für ihn sei es inakzeptabel, so Werner Link, dass die Vereinigten Staaten nach Gutdünken festlegten, wann ein Staat souverän sei und wann nicht. Der Anspruch der Amerikaner, sich als „unbestrittene Führungsmacht“ (George Bush sen. 1992) zu sehen, ist seit dem Ende der Ost-West-Bipolarität 1989/90 unverkennbar und hat sich seitdem immer weiter verstärkt. Auch die Clinton-Administration bildete hierbei Link zufolge keine Ausnahme. Hatte der Begriff „Neue Weltordnung“ Anfang der 90er

Jahre noch einen positiven Beiklang, so wurden die damit verbundenen Hoffnungen in der Folgezeit enttäuscht: Die Welt wurde nicht plötzlich friedlich, die Multipolarisierung

offenbarten die Attentate auf das World Trade Center und das Pentagon zwar einerseits die Verwundbarkeit der Supermacht auf dem eigenen Territorium, sie öffneten ihr auf der anderen Seite aber auch ein „window of opportunity“. Zum Willen, die umstrittene Machtposition zur Umsetzung eines hegemonialen Anspruchs einzusetzen, gesellte sich somit die Gelegenheit. Der „Kampf gegen den Terrorismus“ verband sich ab diesem Zeitpunkt mit dem „Kampf gegen Massenvernichtungswaffen“ und der Legitimierungsstrategie der „Präventiven Selbstver-



Gary Geipel (r.) und Werner Link (l.) lieferten sich einen im Stil verbindlichen, aber in der Sache weitgehend unterschiedliche Positionen vertretenden Meinungsaustausch. In der Mitte: Gesprächsleiter Heinrich Oberreuter.

Foto: Schwarzmeier

stellte sich nicht ein und die westlichen Sicherheitsstrukturen (NATO etc.) taumelten orientierungslos durch die neue Weltlage.

„Entmythologisierung imperialer US-Politik“

Dann kam der 11. September. Dieser Tag war – da stimmten die beiden Diskutanten überein – ein „defining moment“ der Weltpolitik. Link zufolge

teidigung“. „Dennoch wird es kein ‚Imperium Americanum‘ geben“, zeigte sich Link überzeugt. Zum einen werde die Opposition gegen eine derartige amerikanische Suprematie sowohl im In- als auch im Ausland anwachsen, zum anderen wirke sich die Diffusion der Macht durch die weiter fortschreitende Globalisierung balancierend aus. Hinzu komme – darauf wies Link mit Nachdruck hin –, dass von Asymmetrie wohl nur in militäri-

scher und mit Abstrichen in politischer Hinsicht gesprochen werden könne, nicht aber die Ökonomie betreffend. Sehr viel werde auch davon abhängen, wie die Entwicklung im Irak verlaufe. Seiner Ansicht nach werde die dortige „no-win“-Situation sehr schnell zu einer „Entmythologisierung imperialer US-Politik“ führen.

Kooperative Balance als Ausweg

Was bedeutet dies für Europa? Variante eins bestünde in der Unterordnung unter die „Pax Americana“. Variante zwei wäre, eine antagonistische Balancepolitik anzustreben. Beide Handlungsoptionen wären ebenso wenig wünschenswert wie realistisch. Der Ausweg könne nur in einer kooperativen Balancepolitik gegenüber den USA bestehen. Dies bedeute, schrittweise ein ausgewogeneres Verhältnis zu schaffen. Dazu müsste allerdings die Spaltung der EU hinsichtlich ihrer außenpolitischen Positionen überwunden werden. Ein Problem, das durch den Beitritt der mittelosteuropäischen

„Ein ‘Imperium Americanum’ wird es schon deswegen nicht geben, weil jede Weltordnung auf Legitimität und Legitimation gegründet sein muss.“

Werner Link

Staaten weiter aufgeladen wird. Dort, so Link, stehe die Meinung eines polnischen Kollegen, besser mit den USA für den Krieg als mit Russland und China für den Frieden zu sein, wahrlich nicht alleine. Ein Ausweg könnte eine Art Kerneuropa (bestehend v. a. aus Deutschland und Frankreich) sein, das in diesem Punkt als Schrittmacher voran gehen könnte. Ein „Imperium Americanum“, so Link resümierend, werde es aber auch schon deswegen nicht geben, weil jede Weltordnung auf Legitimität und Legitimation gegründet sein müsse. Beides trafe für eine amerikanische Ausgabe entsprechender historischer Vorbilder nicht zu.

Wendepunkt 11. September

Geipel gab Link insoweit Recht, als Anfang der 90er Jahre in der Tat mit dem Begriff „Neue Weltordnung“ positive Visionen verbunden worden waren: Die universale Geltung zivilisatorischer Werte (Menschenrechte etc.), Zusammenarbeit ehemals verfeindeter Staaten sowie die Einbeziehung der unterentwickelten Völker.

„Eine gewisse Neuorientierung der amerikanischen ‘Grand Strategy’ ist erkennbar.“

Gary Geipel

Diese Visionen seien aber an der Wirklichkeit nationaler Interessen – auf allen Seiten – zerschellt. Die USA haben in der Folgezeit keine klaren außenpolitischen Handlungslinien entwickelt, demzufolge auch keine imperialen Absichten verfolgt. „11/09“ war der Wendepunkt. Welche Reaktionsvarianten gab es? Zum ersten wäre denkbar gewesen, die Zugbrücke hochzuziehen und ein „Fortress America“ zu schaffen. Zum zweiten hätte man die gezielte Vergeltungstaktik einsetzen können: kurze, gezielte Schläge gegen Terroristennester. Zum dritten – und dieser Weg wurde schließlich beschritten – stand die „Auseinandersetzung mit den grundlegenden Ursachen“ des Problems. Dies bedeutet u.a.: Nationbuilding-Prozesse wie aktuell im Irak aktiv zu unterstützen, Massenvernichtungswaffen zu vernichten, und – als ganz zentraler Punkt: Lösung des Nahost-Konflikts.

Gerade das verstärkte Engagement der Bush-Administration bei der Vermittlung zwischen Israelis und Palästinensern wertete Geipel als Zeichen für den Willen der USA, zu nachhaltigen Lösungen zu kommen. Hinter all diesen Bemühungen sei eine gewisse Neuorientierung der amerikanischen „Grand Strategy“ erkennbar. Und diese Neuorientierung „ist echt“. Auch stimme es nicht, so Geipel, dass dieser Kurs

im Widerspruch zu breiten Schichten der politischen und intellektuellen US-amerikanischen Eliten stehe. Man dürfe eines nicht vergessen: „Dass Amerika in fast allen Bereichen auf Platz eins steht, verdankt es nicht nur seiner Macht, sondern den Ideen und der Überzeugung der Menschen“. Sonst wäre es ja wohl nur schwer zu erklären, dass es Länder gebe, die in dieses „Imperium“ freiwillig „hinein möchten“. Nachdrücklich mahnte Geipel davor, zu einfachen Erklärungen wie „Es geht nur ums Öl!“ nachzuhängen und darüber die überaus starke Bedeutung der Werte wie Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie für die amerikanische Gesellschaft und Außenpolitik zu vergessen.

Auf die Frage Oberreuters, ob denn das nicht edle Motive wären für Interventionen, entgegnete Link, dass sich die USA nicht gerade damit hervorgetan hätten, in ihrem Einflussbereich demokratische Entwicklungen zu fördern. Als jüngste Beispiele führte er Saudi-Arabien und Kuwait an. Auch der Afghanistan-Konflikt sei primär kein Kampf für Demokratie gewesen, sondern gegen den Terrorismus, da sollte man sich nichts vormachen. Natürlich, gestand Geipel ein, sei es auch ein Ziel, wirtschaftliche Chancen und Ressourcensicherheit zu gewährleisten, davon würden im Übrigen alle westlichen Staaten profitieren. Was die Amerikaner sehen, wenn sie auf Europa blickten, so Geipel, seien viele einzelne Länder, die mit sich selbst beschäftigt seien. Diese vielstimmige Spaltung werde von den USA aber auch gefördert, konterte Link, der weiter bemerkte, dass z. B. die Unterstützung des Vorschlags, Russland in die EU aufzunehmen, durch Präsident Bush genau vor dem Hintergrund dieser „divide et impera“-Strategie zu sehen sei. „Dennoch“, so ließ sich Geipel nicht von seinem Argument abringen, „die Europäer wollen, dass die Geschichte einfach stoppt, sie Zeit haben, die Balance herzustellen und sie sich dann weiter dreht. Das wird nicht so sein!“ Zumindest auf diesen Punkt konnten sich die beiden Diskutanten trotz aller sachlicher Gegensätze abschließend einigen. ■

Manfred Schwarzmeier

Der Anti-Terror-Einsatz der USA in Südostasien

Strategische Interessen der USA an der „zweiten Front“

Von Martin Wagener M.A., Universität Trier

Bereits in seinen ersten Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September ließ der amerikanische Präsident, George W. Bush Jr., erkennen, dass er auf die Herausforderung des internationalen Terrorismus mit einem globalen Feldzug reagieren wird. Oberstes Ziel war zunächst das Taliban-Regime, dessen Bombardierung am 7. Oktober 2001 begann. Kurz darauf brach es zusammen, und seitdem versuchen die USA, durch Stützung von Ministerpräsident Hamid Karzai und die Stationierung von Truppen in und um Afghanistan Stabilität am Hindukusch zu schaffen. In den folgenden Monaten rückte neben dem Jemen, Georgien und vor allem dem Irak auch Südostasien, im Schwerpunkt dessen maritimer Teil, in das Interesse der Strategen des Pentagons. Vermutet wird, dass die Region von der Al Qaida als Rückzugs- und Vorbereitungsraum genutzt werden könnte, um von dort Anschläge gegen amerikanisches Territorium durchzuführen.

Entsprechende Befürchtungen werden durch die scheinbar günstigen Ausgangsbedingungen Südostasiens geähnert. Fast 40 Prozent der 508 Millionen Einwohner der Region sind Anhänger des Islam; allein 180 Millionen Muslime (Stand: 1999) leben in Indonesien. Nach der Verschlechterung der sozioökonomischen Situation infolge der Asienkrise von 1997 erlebten viele Menschen einen sozialen Abstieg, der sie für extremistische Gruppierungen anfällig machen könnte. Vor allem islamische Wohlfahrtsvereine nutzen diese Situation, um sich als alternative Fürsorgestelle eines versagenden Staates zu präsentieren. Dem Weißen Haus war lange vor dem 11. September bekannt, dass Vertreter der Al Qaida versucht hatten, zu radikalen mus-

limischen Organisationen Südostasiens Kontakte aufzubauen. In vielen Fällen werden dabei alte Bekanntschaften reaktiviert, die auf die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans in den 80er Jahren zurückgehen.

Diffuses Feindbild

Der Überzeugung, in Südostasien stärker gegen den Terrorismus vorgehen zu müssen, stand und steht das Problem entgegen, einen klaren Gegner auszumachen.

Dies gilt auch für die Abu Sayyaf, die auf den philippinischen Sulu-Inseln operieren. Ihnen werden Kontakte zur Al Qaida nachgesagt, die zwar in der ersten Hälfte der 90er Jahre bestanden haben mögen, gegenwärtig aber nur schwer zu verifizieren sind. Dennoch hat der bloße Verdacht ausgereicht, um mit der Entsendung von 1.000 US-Soldaten in den Süden der Philippinen

die „zweite Front“ im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu eröffnen. Die amerikanischen Streitkräfte nahmen vom 1. Februar bis zum 31. Juli an der Anti-Terror-Übung Balikatan („Schulter an Schulter“) 2002 teil, deren Ziel es war, Soldaten Manillas für ihren Kampf gegen die Rebellen besser auszubilden und auszurüsten. Dies ist Washington bedingt gelungen. Die Abu Sayyaf mussten zwar kleinere militärische Niederlagen hinnehmen und sehen sich einem erhöhten Fahndungsdruck ausgesetzt. Sie wurden jedoch trotz massiver amerikanischer Unterstützung nicht besiegt, wofür u.a. erneute Geiselnahmen im August und die gelungene Durchführung eines Anschlags in Zamboanga Anfang Oktober, dem ein US-Soldat zum Opfer fiel, sprechen.

Das Beispiel der Abu Sayyaf, die heute nicht mehr als eine lokal verankerte kriminelle Gang darstellen, zeigt, wie

Südostasien zählt zu den Rückzugs- und Vorbereitungsräumen des internationalen Terrorismus, von denen die Öffentlichkeit bei uns eher wenig Notiz nimmt – in Unkenntnis der politischen Verhältnisse dort, aber auch aus Desinteresse. Das gilt nicht für die USA, die jene Region längst unter die Ziele ihrer weltweiten Antiterorpolitik aufgenommen hat. Im Rahmen einer von Jürgen Weber (Akademie Tutzing) und Claudia Reichmann (Akademie Dillingen) geleiteten Fortbildungstagung für Sozialkundelehrer/innen zum Thema „Krisen und Konflikte in der internationalen Politik“ stellte der Politikwissenschaftler Martin Wagener von der Universität Trier neue Erkenntnisse zur Diskussion. Hier einige Auszüge aus seinem Referat.

schwierig die Unterscheidung zwischen Banditen, Separatisten und internationalen Terroristen in Südostasien ist. ...

Der bisherige amerikanische Einsatz in der Region zeigt, dass sich die Bekämpfung des Terrorismus an der ersten und zweiten Front grundlegend unterscheidet. Im Gegensatz zu Zentralasien haben die USA in Südostasien weder direkte militärische Interventionen durchgeführt noch neue Militärbasen errichtet. Vielmehr praktizieren sie das, was als „mittelbare Kriegsführung“ zu bezeichnen ist. Dabei werden kooperierende Staaten durch Trainingsmaßnahmen für Polizei und Streitkräfte, inhaltliche respektive logistische Begleitung von Einsätzen und die Lieferung militärischen Geräts unterstützt, um effektiver gegen Terroristen vorgehen zu können. Weiteres Element dieser Vorgehensweise ist der

Austausch von Geheimdienstinformationen, der zur Festnahme von Verdächtigen in den Zielländern geführt hat. ...

Da die USA bzw. die von ihnen ausgerüsteten und unterstützten Streitkräfte der Region keiner regulären Armee entgegentreten können, die sich auf offenem Felde stellen würde, sind sie zu einem Krieg ohne Fronten gezwungen. Widerstandsgruppen wie die Abu Sayyaf nutzen die Vorteile des Guerilla-Kampfes, zu dem gehört, vereinzelt Schläge nach dem Prinzip des *hit and run* zu führen. Anschließend tauchen sie in den Dörfern und Städten Mindanaos unter oder verbergen sich im schwer zugänglichen Dschungel-Gelände der Sulu-Inseln. Im Unterschied zum Staatenkrieg tragen Guerrillas zudem keine Uniformen, die sie als Gegner ausweisen. Verhalten sich die Abu Sayyaf aus taktischen Gründen passiv, so sind sie als Kombattanten optisch nicht von Zivilisten zu unterscheiden. Erschwerend kommt in dieser Situation hinzu, dass Archipelstaaten wie Indonesien mit 13.677 und die Philippinen mit 7.017 Inseln von den nationalen Sicherheitsapparaten nicht umfassend zu kontrollieren sind. Erfolgen dann quasi aus dem Nichts Anschläge wie jener von Bali, können die Behörden nur noch reagieren. Hier wie in anderen Fällen kann der Gegner fast nach Belieben das Überraschungsmoment ausspielen. Verharret er zuvor im Schläfermodus, ist eine Enttarnung praktisch unmöglich.

Die Voraussagbarkeit von Attentaten dürfte noch komplizierter werden, wenn terroristische Gruppierungen ihr Visier etwas weiter einstellen. Neben den bekannten „harten Zielen“ (Botschaftsgebäude der USA in Tansania und Kenia 1998, Kriegsschiff USS Cole 2000, World Trade Center und Pentagon 2001, Öltanker Limburg 2002) könnten künftig verstärkt „weiche Ziele“ wie die Tourismus-Hochburg Bali ins Fadenkreuz der Al Qaida geraten.

...

Vorteile der Guerilla-Kämpfer

Solange fanatische, für das Jenseits kämpfende Islamisten bereit sind, ihr Leben im Diesseits in Selbstmordan-

schlägen zu lassen, ist nicht erkennbar, wie die betroffenen Staaten Südostasiens den Willen der Terroristen brechen wollen. Ganz im Gegenteil: Sollten zunehmende Anschläge gegen „weiche Ziele“ dazu führen, dass westliche Touristen islamische Urlaubsländer meiden, wäre es die Al Qaida, die zumindest teilweise ihren Willen durchsetzt.

Guerilla-Verbände verfügen über einen kaum zu behebenden logistischen Vorteil. In verarmten Gesellschaften wie denen Indonesiens oder der Philippinen fällt es ihnen nicht besonders schwer, Nachwuchs zu rekrutieren. Dies geschieht u.a. in Koran-Schulen, deren Zahl in Südostasien im fünfstelligen Bereich liegen dürfte. Vertreter des radikalen Flügels wie die von Baasyir geführte Schule in Solo – möglicherweise Zentrum der Jemaah Islamiyah – erziehen ihre Anhänger zur Feindschaft gegen die USA. Von den Abu Sayyaf weiß man zudem, dass sie ganz gezielt Kinder aus verarmten Familien angeworben haben. Nach Angaben von Corazon Soliman, Sozialministerin der Philippinen, werden für ein junges Kind 300 US-Dollar, für einen heranwachsenden Jungen mit Kampferfahrung 600 US-Dollar bezahlt, was in einem Gebiet, in dem Arbeiter kaum mehr als einen US-Dollar am Tag verdienen, eine erhebliche Summe ist. ...

Unsichere Kooperationspartner

Nebeneffekt der „mittelbaren Kriegsführung“ ist, dass die USA in ihrem Einsatz an der „zweiten Front“ nicht Herr des Verfahrens sind. Die Kooperationsbereitschaft des Ziellandes bleibt Voraussetzung für jeden Erfolg. Die Regierungen mehrheitlich muslimischer Gesellschaften wie Malaysia und Indonesien vollziehen dabei eine Gratwanderung, da sie der innenpolitischen Opposition keinen Anlass bieten dürfen, als Hilfssheriff der Supermacht dargestellt zu werden.

Schwierigkeiten ergeben sich, wenn Kooperationspartner wie z.B. Teile des philippinischen Offizierskorps eigenen Interessen nachgehen. So hatten die Streitkräfte Manilas am 2. Juni 2001

die Chance, nahezu die komplette Führung der Abu Sayyaf auf Basilan festzusetzen. Aber obwohl diese von 3.000 Mann, bewaffnet mit Panzern und Hubschraubern, eingekreist worden war, gelang ihnen samt Geiseln die Flucht. Beobachter gehen davon aus, dass die Abu Sayyaf für einen entführten Geschäftsmann 500.000 US-Dollar Lösegeld erpressen konnten. Dieses teilten sie sich mit den örtlichen Behörden und philippinischen Offizieren, die im Gegenzug ihr Entkommen ermöglichten.

Neben monetärer Vorteilsnahme müssen die USA damit rechnen, dass die Sicherheitskräfte eigene innenpolitische Interessen im Umgang mit Islamisten verfolgen. Damit ist meistens der Umstand gemeint, Oppositionsgruppen als radikale Muslime zu brandmarken, um eine auch international leichter vermittelbare Rechtfertigung für Repressionsmaßnahmen zu haben. ...

Stabilitätsgewinne statt umfassender Sieg

Diese insgesamt äußerst kritische Einschätzung der Erfolgsaussichten des Kampfes an der „zweiten Front“ lässt die Frage aufkommen, ob die USA zwecks Ressourcenschonung den Anti-Terror-Einsatz in Südostasien aufgeben sollten. Genau dies wäre die falsche Reaktion. Die Bush-Administration ist jedoch gut beraten, die Erwartungen in der eigenen Bevölkerung und bei verbündeten Nationen nicht zu hoch anzusetzen. Dies erspart im Nachhinein die Rechtfertigung einer geringeren Einsatzausbeute. Neu zu überlegen ist, wie „Erfolg“ realistisch definiert werden kann. Dieser liegt bei der natürlichen Ausgangsproblematik in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus bereits dann vor, wenn die kombinierte Wirkung diplomatischer, sozioökonomischer und militärischer Maßnahmen zu einer Eindämmung des Phänomens führt und eine weitere Ausbreitung verhindert wird. Enttäuscht sind dabei nur diejenigen, die vom „ewigen Frieden“ träumen, ohne mit realistischen Stabilitätsgewinnen zufrieden sein zu können. ■

6. Passauer Tetralog:

„Ist Italien noch ein Rechtsstaat?“

Berlusconis Politik verdient Kritik – aber auch eine differenzierte Betrachtung

Die Wahrnehmung Silvio Berlusconis und seiner Politik in Deutschland, die Reformen der italienischen Justiz sowie die Rolle Italiens in einem sich einenden Europa standen im Mittelpunkt der Diskussionen beim „6. Passauer Tetralog“. Zu der Gesprächsrunde, die vor den verbalen Entgleisungen des amtierenden EU-Ratspräsidenten Berlusconi und den Irritationen in den deutsch-italienischen Beziehungen stattfand, hatte die Tutzinger Akademie gemeinsam mit den Europäischen Wochen vier Italien-Kenner in die Passauer Universität geladen. Es diskutierten der ehemalige italienische Botschafter in Bonn, Luigi Vittorio Graf Ferraris, der Italien-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Heinz-Joachim Fischer, der bayerische Europaminister Reinhold Bocklet und der Historiker Rudolf Lill. Die Podiumsdiskussion zum Thema „Italien in Europa“ leitete Akademiedirektor Heinrich Oberreuter.

Mit welch „ungeheuerlicher Empörung“ die deutsche Öffentlichkeit derzeit auf die Politik des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi reagiere, legte FAZ-Korrespondent Fischer den vielen interessierten Zuhörern dar. „Die Entrüstung ist so stark, dass ich oft sogar den Kopf einziehe, wenn ich nur versuche, Berlusconi zu beschrei-

ben.“ Diese ablehnende Grundstimmung verwundere ihn umso mehr, wenn er einen Blick auf das vergleichsweise geringe Haushaltsdefizit und das vertretbare Niveau der italienischen Staatsverschuldung werfe. Noch vor wenigen Jahren seien dies die größten Ängste der Deutschen in Bezug auf die italienische Politik gewesen. „Weshalb regen wir uns also heute so auf?“,

fragte Fischer polemisch in die Runde – und gab sich die vermeintliche Antwort wenig später selbst. Grund seien die offensichtlichen Anomalitäten des politischen Systems: So sei der reichste Mann des Landes zugleich der mächtigste, er kontrolliere einen erheblichen Teil der italienischen Medien und er stehe in einem Bestechungs- skandal vor Gericht. „Aber die Italiener haben diesen Mann unter Kenntnis all dieser Fakten gewählt“, sagte Fischer. Diese demokratische Legitimation gelte es zu respektieren.

Einen weiteren Grund für die Entrüstung sah Fischer darin, dass viele Deutsche sich der interkulturellen Unterschiede nicht bewusst seien. So funktioniere eben „in Italien manches gerade dadurch, dass der Staat nicht so genau hinschaut.“ Als Beispiel hierfür nannte der FAZ-Korrespondent die gelungene Rückführung von Milliarden Euro Auslandskapital nach Italien durch eine Steueramnestie. Zusätzlich verstärkt werde die Empörung noch



Das Italien-Podium in der Passauer Universität: Rudolf Lill, Luigi Vittorio Graf Ferraris, Heinrich Oberreuter, Reinhold Bocklet, Heinz-Joachim Fischer (von links)

Foto: Töpfl

durch eine deutsche Eigenart: „Man regt sich in unserem Land einfach gerne auf – aber, wie ich meine, oft nicht so ernsthaft“, sagte Fischer. Als Beispiel für dieses Phänomen nannte er die Reaktion vieler Deutscher auf den jüngsten Irak-Krieg.

Demokratische Legitimation

Für offene Kritik an Berlusconi, aber gegen Vorurteile sprach sich auch der ehemalige italienische Botschafter in Bonn, Graf Ferraris, aus. „Ob Berlusconis Politik gut oder schlecht ist, ist doch gar nicht die Frage“, so Graf Ferraris. Fest stehe, dass die Macht Berlusconis durch Wahlen legitimiert sei. Deshalb lautet die entscheidende Frage für den Ex-Diplomaten: „Wieso haben die Italiener Berlusconi überhaupt gewählt?“ Um dies zu verstehen, müsse man die Situation nach den „Mani pulite“-Prozessen Anfang der 90er Jahre berücksichtigen. Damals sei die komplette politische Klasse des Landes ausgeschaltet worden. Weil eine Ersatz-Elite fehlte, entschieden sich die Italiener für den Aufsteiger Berlusconi. „Man wählte wieder eine Mitte-Rechts-Regierung. Das hatte nichts mit Betrug oder Bestechung zu tun“, sagte Graf Ferraris. Sein Fazit: „Italien ist und bleibt eine stabile Demokratie.“ Das zeige sich auch in der Kontinuität der Außen- und Europa-politik.

Italien als Vermittler

„Die Italiener nehmen ihre europäische Verantwortung wahr“, bekraftigte auch Reinholt Bocklet, bayerischer Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten. Während die deutsche Bundesregierung in den vergangenen Jahren „alle Fehler, die man außenpolitisch machen konnte,“ begangen habe, habe sich die italienische Regierung sehr geschickt verhalten. So habe sich Berlusconi ideologisch klar an die Seite der USA gestellt, ohne jedoch maßgebliche materielle Unterstützung zuzusagen. Jetzt könne er als Vermittler zwischen Europa und USA auftreten, während die deutsch-amerikanischen Beziehungen schwer belastet seien. Bocklet erinnerte aber auch an

die Irritationen, für die Berlusconi mit seinen Äußerungen auf europäischer Ebene immer wieder gesorgt hatte. So hatte er kürzlich gleich bei mehreren Gelegenheiten Russland ausdrücklich in den Kreis der zukünftigen EU-Staaten eingereiht.

„Der Hintergedanke Berlusconis dabei ist – so hoffe ich wenigstens – die zukünftige Rolle Russlands zu problematisieren“, verteidigte der ehemalige Diplomat Graf Ferraris die Provokationen des Ministerpräsidenten. Daneben spiele für Berlusconi sicherlich auch das Prestige eine Rolle, das er durch die freundschaftlichen Beziehungen zum russischen Präsidenten Putin gewinne. Im Gegenzug kritiserte Graf Ferraris auch die deutsche Europapolitik, insbesondere die deutsch-französisch-russische Kooperation während des Irak-Krieges. Sie habe dem europäischen Gedanken wesentlich mehr geschadet als die Äußerungen Berlusconis. Auf eine Frage von Heinrich Oberreuter, wie er sich den weiteren Verlauf des EU-Integrationsprozesses unter Einbeziehung Russlands vorstelle, antwortete Graf Ferraris: „Das wichtigste ist, dass wir uns Zeit nehmen. Wir haben 50 Jahre Integration hinter uns. Jetzt sollten wir uns nicht zum Ziel setzen, alle zwei Jahre einen neuen Vertrag zu unterzeichnen.“

Rolle der Justiz

Ein weiteres Schwerpunktthema der Diskussion waren die umstrittenen Reformen der italienischen Justiz. „Ist Italien eigentlich noch ein Rechstaat?“, fragte Oberreuter herausfordernd in die Runde. Die gravierendsten Mängel stellte zunächst Europaminister Bocklet dar. So sei Italien bereits mehrmals wegen der Länge von Gerichtsprozessen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt worden. Ein weiteres Problem sei das Selbstverständnis der italienischen Richter: Sie sähen sich als politische Gegenmacht zur Führung des Landes. Graf Ferraris versuchte, diese Kritik mit einem Verweis auf die besonderen Traditionen der italienischen Justiz zu entkräften: „In Italien gab es schon seit jeher einen politischen Einfluss auf die Justiz.“ Man rechtfertige dies mit dem

Argument, dass auch Richter ein Recht auf eine politische Meinung hätte. Das eigentliche Problem sei die Länge der Prozesse, die ihre Ursache in einer schlechten Organisation der Justiz und unglücklichen Verfahrensregeln habe. Aber auch dieser Misstand spricht nach Ansicht Graf Ferraris eher für ein Durchhalten Berlusconis – allen Korruptionsvorwürfe zum Trotz: Bis heute seien nur die wenigsten Politiker, die in den 90er Jahren in Folge der „Manipulite“-Prozesse entmachtet wurden, rechtskräftig verurteilt und für schuldig befunden worden.

Rudolf Lill fügte hinzu, dass Berlusconi – entgegen der in Deutschland weit verbreiteten Ansicht – die Unabhängigkeit der italienischen Justiz gar nicht eingeschränkt habe. Die jüngsten Reformen hätten lediglich die Macht der Staatsanwälte begrenzt. Lill: „Und wenn die deutschen Staatsanwälte so mächtig wären wie die italienischen – es käme zu einem Aufschrei der Öffentlichkeit.“ Zwar sei der italienische Staatsapparat bis heute sehr zentralistisch organisiert und funktioniere teilweise schlecht. Trotzdem habe sich vor allem im Norden seit den 70er Jahren eine sehr moderne, flexible Gesellschaft herausgebildet. Städte wie Bologna und Mailand zählten zu den reichsten Europas.

Gemeinsam war den Diskussionsbeiträgen der vier Italien-Experten, dass sie für eine differenziertere, vorurteilslose Betrachtung der italienischen Politik und Gesellschaft eintraten. Schon seit Jahrhunderten sei das Verhältnis der Deutschen zwiespältig und von Stereotypen belastet, sagte FAZ-Korrespondent Fischer. Einer „in der deutschen Kultur fest verankerte Schwärmerie für Italien“, stehe eine Fülle eher negativer Vorurteile gegenüber. „Deutsche Redlichkeit suchst du in allem hier vergeblich“, habe schon Goethe gegen Ende seiner Italien-Reise geurteilt. Hat der große Meister damals vielleicht – ähnlich wie noch heute so mancher Zeitgenosse – einen etwas vorschnellen Schluss gezogen? ■

Florian Töpfl

(siehe auch Pressestimmen S. 31)

EU-Erweiterung:

Absage an die EU-Mitgliedschaft der Türkei

Eine klare Absage einer Aufnahme der Türkei in die Europäische Union erteilte der Bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Reinhold Bocklet. Dies gelte trotz des Kopenhagener Beschlusses vom Dezember 2002, in dem bei Erfüllung aller Kriterien im Jahr 2004 unverzügliche Beitragsver-

handlungen vorgesehen sind. „Die Integrationskraft der EU wird in diesem Fall überfordert“, sagte der CSU-Politiker. Statt einer Vollmitgliedschaft solle eine „privilegierte Partnerschaft“ angestrebt werden. Ähnliches schlägt er für andere Mittelmeeranrainer, Weissrussland, die Ukraine, Moldawien und

Russland vor. Bocklet sprach vor Mitgliedern des Konsularischen Korps auf der Tutzinger Tagung „Die Zukunft der EU nach der Erweiterung“. Daneben erläuterte Bocklet die Position der Staatsregierung zur EU-Strukturpolitik und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).

Eine nennenswerte Erhöhung der Kosten der Strukturpolitik der EU sei nicht akzeptabel, da die Bundesrepublik Deutschland „als Nettozahler jede Ausweitung besonders betrifft“. Die wirtschaftliche Heterogenität unter den neuen Mitgliedsstaaten innerhalb der künftigen EU der 27 im Jahr 2007 reiche von 28 Prozent (Bulgarien) bis 80 Prozent (Zypern) des EU-Durchschnitts des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner. Erschwerend komme hinzu, dass die finanziellen Spielräume der alten Mitgliedstaaten durch die allgemein schwache Wirtschaftsentwicklung immer mehr eingeschränkt werden.

Die bereits jetzt in Ansätzen bestehende politische Heterogenität, d.h. vor allem die divergierenden Einstellungen der einzelnen Mitgliedsstaaten gegenüber den USA, die kürzlich im Streit um eine militärische Beteiligung am Dritten Golfkrieg für die Öffentlichkeit sichtbar wurden, werde sich nach Auffassung Bocklets verschärfen. Aus diesem Grund sollte Europa nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in einer Gemeinsamen (kompetenten) Außen- und Sicherheitspolitik koordiniert handeln, damit in Zukunft „die Welt, allen voran die USA, die EU als Partner ernst nehmen werden“.

Diese kritischen und strittigen Punkte sind aber laut Bocklet keine Hindernisse, sondern lediglich Herausforderungen für eine nach Osten erweiterte Europäische Union. ■

Bernd Salvermoser



Mitglieder des Konsularischen Korps beschäftigten sich in Tutzing mit der Zukunft der EU nach der Erweiterung.

Foto: bs

Stoiber besucht Lehrertagung



Edmund Stoiber

„Migration und Integration – Herausforderungen für Politik, Gesellschaft und Schule“, diese Kooperations- tagung mit der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen wäre beinahe dem Brandschutzbau in Tutzing zum Opfer gefallen. Aber sie konnte nach Dillingen verlegt werden. Der Zufall wollte es, dass der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, in Begleitung von Staatsministerin Monika Hohlmeier und Staatssekretär Karl Freller, zeitgleich der Dillinger Akademie einen Besuch abstattete. Die bewährte Kooperation Dillingen – Tutzing und das Thema Migration und Integration fanden sein besonderes Interesse: So bekam die Tagung für 40 Minuten hohen Besuch. Der Ministerpräsident würdigte die in der Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommenen Leistungen der Lehrerschaft in der alltäglichen Integrationsarbeit an den Schulen. Er war dann aber auch nachdenklicher Zuhörer, als die Lehrerinnen und Lehrer ihre Erfahrungen und Probleme z. B. aus den besonderen Projekten für Migrantenkinder zum Erwerb der deutschen Sprache schilderten. Seine Ankündigung, noch vor der Sommerpause eine Kabinettssitzung speziell zum Stand der Integration in Bayern abzuhalten, wurde sehr positiv aufgenommen. ■

Text und Foto: Karl-Heinz Willenborg

Der langjährige Direktor unserer Akademie,

Prof. Dr. Manfred Hättich,

starb am 31. März 2003 nach langer schwerer Krankheit im Alter von 77 Jahren.

Die Akademie hat eine Gedenkschrift für Manfred Hättich mit den Trauerreden herausgegeben.
Wir zitieren aus den Ansprachen von Hans Maier, Dieter Oberndörfer und Heinrich Oberreuter.



Manfred Hättich (1925 - 2003) leitete die Akademie von 1970 bis 1993

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Maier, Kuratoriumsvorsitzender der Akademie:

Rationale Durchdringung der Politik

Manfred Hättich setzte seinen Ehrgeiz darein, sich und seinen Kommilitonen, später seinen Schülern, Hörern, Lesern die Politik zu erschließen, ein ganzes Leben lang, hingebungsvoll und unermüdlich, wobei seine systematischen Fähigkeiten, seine theologische und ökonomische Denkschulung bei diesem Unternehmen kräftig geholfen. Hättich war überzeugt: auch ein so bewegter, von Glück, Leidenschaft und Unberechenbarkeit erfüllter Bezirk wie die Politik müsse sich rational durchdringen und verstehen lassen. Er glaubte nicht an „Politik als Schicksal“. Im Gegenteil: die Formen rechtsstaatlicher und demokratischer Politik, die es nach Krieg und Dritten Reich neu aufzubauen galt, verlangten nach seiner Meinung gezielterisch nach Verstehen, Verständlichmachen, nach Erkenntnis und Einsicht.

Demokratie ist ja auf eine mitdenkende Öffentlichkeit angewiesen. So waren in seiner Arbeit politische Wissenschaft und politische Bildung von Anfang an verschwistert: was sich wissenschaftlich verstehen ließ, das musste sich auch pädagogisch mitteilen lassen.

Es wundert daher nicht, dass sich Hättich – für damalige Verhältnisse fast abenteuerlich früh – am Aufbau der politischen Bildung im Deutschland der Nachkriegszeit beteiligte. ...



Hans Maier: „Manfred Hättich glaubte nicht an „Politik als Schicksal“.“

Wer Hättichs Schriftenverzeichnis studiert, findet sehr viel Grundsätzliches zu Politik, Wissenschaft, Demokratie und Parteien. „Demokratie als Herrschaftsordnung“ (1967) ist nach wie vor eines der bedeutendsten Zeugnisse der in der deutschen politikwissenschaftlichen Literatur sonst eher stiefmütterlich behandelten Demokratietheorie. Das dreibändige Lehrbuch der Politikwissenschaft (1967-72) ist bis heute ein Muster für eine ebenso breit ausgreifende wie systematisch konzentrierende Darstellung des Faches. Nicht alles ist leicht zu lesen. Der Stil dieses Autors ist nicht nur phrasen-

„Manche hören nicht lange zu, wenn einer zeigt, dass alles ‘seine zwei Seiten’ hat.

Für viele ist die Welt nur in Ordnung, wenn die andere Seite die falsche oder die böse ist“.

Manfred Hättich, 1990

los und nüchtern, er ist auch ungewöhnlich dicht. Man muss ihn *studieren*, wie sich das bei einem Selbstdenker gehört. Über allzu viele Anmerkungen wird man dabei nicht stolpern – dazu hat Manfred Hättich viel zu viel Eigenes zu bieten.

Hättich war gewiss kein monologischer Denker – er legte immer großen Wert auf den Dialog, den Austausch. Er war ein begeisterter Lehrer. Aber er verstand auch, sich zurückzuziehen, sich zu konzentrieren; gelegentlich war die Lehrtenklause für ihn ein Jungbrunnen. Er legte immer Wert aufs *Denken*, wo andere schon alles wussten.

Freiheitliche Ordnung als zentrales Thema

Dem Pädagogen Hättich kam es stets darauf an, wissenschaftliche Erkenntnis für Bildungsprozesse fruchtbar zu machen. Schließlich ging es ihm um das Wichtigste für menschliches Zusammenleben: um freiheitliche Ordnung. Jedenfalls bringt die Zunft heute keinen mehr hervor, der seiner Habilitations-schrift die beiden folgenden Zielbestimmungen auf den Weg gibt: nämlich ein neuer Ansatz für eine spezielle politische Theorie zu sein und zugleich Orientierung für schulische und außerschulische Bildungsarbeit auf dem von idealistischen und ebenfalls voluntaristischen Missverständnissen durch-



Heinrich Oberreuter:
„Hättich gebrauchte seinen Kopf, nicht Fußnotenapparate.“

setzten Feld und Demokratie, in der Freiheit und Ordnung ein sich gegenseitig beförderndes Verhältnis einzugehen haben. Wir erinnern uns, dass seine Hauptwerke zu einer Zeit erschienen sind, in der es stimmföhrende Strömungen gab, Demokratie als Emanzipation von Ordnungen zu begreifen...

Der Wissenschaftler Hättich war ein Denker, dem natürlich seine viele Disziplinen übergreifende Ausbildung und seine philosophisch-theologische Schulung zugute kam. Er fasizierte durch seine Fähigkeit, an der Oberfläche eines Pro-

blems anzusetzen und sich denkerisch bohrend Schritt für Schritt seinem Kern anzunähern – oder sogar den Kern des Kerns aufzuschließen. Er gebrauchte seinen Kopf, nicht Fußnotenapparate. Es kam ihm darauf an, ein Problem so zu sezieren, wie er es vermochte, nicht so sehr, sich mit „Schulen“ auseinander zu setzen oder gar, wie heute üblich, stimmföhrenden Ansätzen nachzulaufen. Dieses eigenständige Bohren war in aller Regel eine intellektuelle Zumutung in positivem Sinn.

In der Akademie, die er als Direktor 23 Jahre geleitet hat, vermochte er all die Talente zu entfalten, die ihn als Wissenschaftler ausgezeichnet haben. Er hat dieses Haus geprägt und geformt mit Offenheit, Toleranz und Pluralität, mit nachdrücklicher Skepsis gegenüber visionären Höhenflügen und modischen Verengungen gleichermaßen, mit dem Blick für das Beständige im Wandel.

Prof. Dr. Dieter Oberndörfer:

Liberalität als Grundzug

Der Titel des von Manfred Hättich 1988 herausgegebenen Sammelbandes „Freiheit als Ordnung“ gibt die zutreffende Überschrift über sein wissenschaftliches Werk. Liberalität war der Grundzug seiner Persönlichkeit. Sie ist auch der Grundzug seines Werkes. Diese Liberalität war sich ihrer normativen Grundlagen bewusst und konnte leidenschaftlich für die Bewahrung einer freiheitlichen Ordnung zu kämpfen. Ein Beispiel unter anderem ist hierfür die gerade heute lesenswerte streitbare Auseinandersetzung Manfred Hättichs mit Franz Alt. Die wissenschaftlichen Leistungen der deutschen Politikwissenschaft der zweiten und dritten Generation erstrecken sich durchweg auf Einzelbereiche der Disziplin. Demgegenüber hat Manfred Hättich sich der zentralen Thematik der Politikwissenschaft, der Erarbeitung einer sektorübergreifenden politischen Theorie und Ordnungslehre gestellt. Er hat die ord-

nungspolitischen Interdependenzen zwischen den verschiedenen Bereichen der Politik, ihre normativen Bezüge und die Eigengesetzlichkeit politischer Strukturen systematisch beschrieben und analysiert. Dabei ist für Hättichs politische Theorie die aus der Transzendenz begründete Bestimmung des Menschen zur Freiheit konstitutiv. Als Phänomenologe des Politischen orientiert er sich an der immanen-

ten Logik der Sachverhalte. In der systematischen Rekonstruktion dieser Logik, ihrem konsequenten Durchdenken hat Manfred Hättich eine großartige und originäre Leistung vollbracht. Sein Werk ist innerhalb der deutschen

Politikwissenschaft einzigartig und harrt der Aneignung und Aufarbeitung.



Dieter Oberndörfer: „Hättichs Werk ist innerhalb der deutschen Politikwissenschaft einzigartig.“

Das Charisma Hättichs als Lehrer und seine Beliebtheit bei seinen Mitarbeitern und seinen Freunden gründete, wie mir scheint, nicht nur in der Achtung vor seiner Leistung in Wissenschaft und Lehre, sondern letztlich gerade auch in Eigenschaften seines Charakters. Obwohl mit Humor und Witz reichlich ausgestattet, blieb er auch im vertraulichen Gespräch

diskret und verzichtete auf Polemik oder herabsetzenden Spott. Man fühlte und wusste: Manfred Hättich war ehrlich und aufrichtig. Er hatte Achtung vor den Menschen, die ihm begegneten. ■

Gedenken an den 17. Juni 1953

Die Akademie nahm die fünfzigste Wiederkehr des Volksaufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953 zum Anlass, gemeinsam mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung ein Begegnungsseminar von bayerischen mit sächsischen Lehrern auf beiden Seiten des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ zu organisieren.

Das Programm begann in Hof. Manfred Wilke vom Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin sprach über die Frage: Ist der 17. Juni ein Tag der Deutschen Einheit? Diesem Auftakt folgte ein Gespräch mit den Zeitzeugen Horst Mende aus Bayreuth und Jürgen Maruhn, dem langjährigen Akademiekollegen, die den 17. Juni 1953 als Jugendliche in Leipzig bzw. Dresden persönlich erlebt hatten und darüber höchst anschaulich berichten konnten.



Horst Mende erlebte den 17. Juni 1953 in Leipzig. Foto: Maier

Die Bedeutung des 17. Juni 1953

70 Lehrerinnen und Lehrer folgten der Einladung zu einem Studientag in die Akademie, der den 17. Juni 1953 unter einer etwas spezielleren Fragestellung historisch einordnen wollte. Zwei ausgewiesene Fachhistoriker aus Berlin, Erhardt Neubert und Stefan Wolle, verglichen den Aufstand von 1953 mit der Herbstrevolution von 1989. Sie analysierten eingehend die Wirkungsgeschichte von 1953 für die SED-Machtelite und ihre Herrschaftspraxis im Besonderen sowie für die Bevölkerung im Allgemeinen. Das Bayerische Fernsehen berichtete in seinen Abendnachrichten über diese Veranstaltung, die von Jürgen Weber und Siegfried Münchenbach (Akademie Dillingen) geleitet wurde. ■

jw

Mike Schmeitzner vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut referierte über den 17. Juni in Sachsen, wobei insbesondere die Breite und Intensität der Aufstandsbewegung an verschiedenen Orten deutlich wurden.

Für den zweiten Teil des Seminars reisten die Teilnehmer weiter nach Plauen, in dessen Landratsamt eine Gedenkveranstaltung stattfand, die von der Vogtland-Philharmonie musikalisch umrahmt wurde. Wolfgang Leonhard hielt den Festvortrag zum Thema „Vorgeschichte, Verlauf und Bedeutung des Volksaufstandes vom 17. Juni“ (siehe dazu auch unseren Bericht über die Veranstaltung in München auf Seite 13). ■

ph

(Siehe auch Presseschau Seite 33-34 und Neuerscheinungen Seite 27)

Systemkritiker aus der früheren DDR

Orwells Roman „1984“ wurde von der Staatsmacht der DDR als „antisozialistische Hetze“ eingestuft und war folgerichtig verboten.

Den Jenaer Baldur Haase – damals 18 Jahre alt – schreckte die Zensur nicht ab und er ließ sich das Buch von einem Brieffreund aus der Bundesrepublik zuschicken.

Der Besitz dieser weltberühmten Abrechnung mit totalitären Staaten jedweder Prägung brachte Haase für mehr als drei Jahre in das DDR-Gefängnis Waldheim.

Über seine Erfahrungen von damals und die durch das DDR-Regime er-

littenen Repressionen berichtete Baldur Haase während der Tagung „Widerstand und Verfolgung in der SED-Diktatur“ im Rahmen der Tagungsreihe zum 17. Juni 1953.

Neben Haase trat auch der Berliner Schriftsteller Joachim Walther auf. Als Schriftsteller und Multiplikator systemkritischer Texte war auch er, wie viele seiner Kollegen, die sich nicht beugen wollten, Repressalien unterworfen.

Der Tag an der Akademie schloss mit einer Lesung Walthers aus seinem Buch „Zwischen den Stühlen“. ■



Baldur Haase: Über drei Jahre Haft im DDR-Gefängnis Foto: bs

bs

17. Juni 1953:

Ein Aufstand für die Demokratie

Wolfgang Leonhard würdigt die Bedeutung des Arbeiteraufstandes in der DDR

Ein großes nachträgliches Lob über die Bedeutung des 17. Juni 1953 in der DDR kam 36 Jahre später von Stasi-Chef Erich Mielke: Im Sommer 1989, auf dem Höhepunkt der Fluchtwelle aus der DDR und mit Blick auf die beginnenden Montagsdemonstrationen, stellte er die bange Fra-

Franz Maget, SPD-Spitzenkandidat bei den bayerischen Landtagswahlen im September, bezeichnete den 17. Juni als „einen Feiertag, der in die freiheitliche Traditionslinie der deutschen Geschichte von 1848 über 1918 bis 1989“ gehöre. Der 17. Juni 1953 sei nicht nur die erste Massenerhebung gegen ein kommunistisches Regime

ge: „Genossen, steht uns ein neuer 17. Juni bevor?“ Dieses Zitat belegt, wie tief sich der Arbeiteraufstand in das Bewusstsein der DDR-Machthaber eingegraben hatte. Es fand sich gleich in mehreren Beiträgen einer Gedenkveranstaltung im Alten Rathaus zu München, zu der die Akademie gemeinsam mit der

ging beide Male um das Macht- und Meinungsmonopol einer Staatsdoktrin. Es ging 1953 um mehr als um Arbeitsnormen. Es war ein Aufstand für die Demokratie!“

Wolfgang Leonhard freute sich über das neu erwachte Interesse gerade auch der jüngeren Generation an Geschich-

SPD-Landtagsfraktion und dem Bayern-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung eingeladen hatte und zu der fast 400 Zuhörer gekommen waren. Festredner war Wolfgang Leonhard, inzwischen 82-jähriger, immer noch vitaler und mitreißend erzählender Zeitzeuge und Historiker.

Leonhard zeigte während seines weitgehend frei gehaltenen Vortrages immer wieder seine enorme Detailkenntnis des totalitären Sowjet- und DDR-Staates. Er selbst hielt sich im Sommer 1953 im blockfreien Jugoslawien Titos auf, wohin er 1949 unter Lebensgefahr aus der DDR geflüchtet war.

Deutliche Unterschiede und Widersprüche zwischen Sowjets und der SED-Führung zeigte bereits die Reaktion auf den Tod Stalins im März 1953. Während die Sowjetführung eine ungewöhnlich kurze Staatstrauer von nur drei Tagen anordnete (bei Lenin waren es noch sieben Tage) und schnelles Vergessen angestrebt wurde, fuhr Walter Ulbricht in der DDR den harten stalinistischen Kurs weiter und verschärfte ihn noch. Äußeres Zeichen dafür war die längere und intensivere Staatstrauer um Stalin.

Politische Forderungen

„Der Aufstand am 17. Juni richtete sich auch gegen diesen Kurs der Stalin-Verherrlichung der SED-Oberen. Es war ein Aufstand gegen die stalinistische Diktatur. Es war eine revolutionäre Freiheitsbewegung“, resümierte Leonhard. Die Industriearbeiter spielten eine entscheidende Rolle, aber es gab auch andere beteiligte Kreise: „Der Aufstand war von keiner Organisation vorbereitet, die Spontaneität der Aufständischen beeindruckte.“ Und es ging um deutlich mehr



SPD-Spitzenkandidat Franz Maget (rechts) stellte den 17. Juni 1953 in eine Reihe mit den deutschen Freiheitsbewegungen seit 1848. Links Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, in der Mitte Wolfgang Leonhard.

Foto: Schröder

seit 1945, sondern auch die einzige Massenerhebung gegen eine Diktatur in Deutschland gewesen. Akademiedirektor Heinrich Oberreuter verwies auf die zahlreichen Zusammenhänge zwischen dem 17. Juni 1953 und dem Fall der Mauer am 9. November 1989: „Es

te: „In den letzten sechs Monaten erschienen mehr Bücher über den 17. Juni als in den 49 Jahren davor“ Drei große Fernsehspiele zur besten Sendezeit und zahlreiche TV-Dokumentationen seien ein weiterer Beweis für ein neues Geschichtsbewusstsein.“

als um die Rücknahme der erhöhten Arbeitsnormen. Die politischen Forderungen lauteten:

- Straffreiheit für die Streikenden
- Demokratische Wahlen
- Ausreise- und Pressefreiheit
- Öffentliche Gerichte
- Überwindung der Diktatur.

„Es muss aufhören, dass Menschen bei uns verschwinden“, war eine der direkt formulierten Forderungen der aufständischen Arbeiter und anderer Kreise. Auf der Stalinallee in Berlin, von wo aus sich der Aufstand auf über 700 Orte der DDR und rund 75 Prozent ihrer Fläche ausbreitete, skandierte die Menschenmenge: „Kollegen reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein!“ Über eine Million Menschen nahmen daran teil. Zwischen 50 bis zu 125 Toten liegen die Angaben über die Opfer.

Der DDR-Version, der Aufstand sei ein vom Westen gesteuerter Putschversuch gewesen, erteilte Leonhard eine klare Absage. Er gesteht aber ein, dass ver einzelt Rowdys aus dem Westen daran teilnahmen, die die ursprüngliche Absicht der Streikenden leider unterliefen und der SED-Führung Nahrung für Propaganda gaben. Die große Mehrheit der zu Tausenden aus Westberlin einströmenden Demonstranten sei jedoch aus Solidarität zu den streikenden Ostberlinern gekommen. Auch der amerikanisch kontrollierte Sender RIAS hielt sich im Gegensatz zu der von der DDR-Führung aufgestellten Behauptung der Aufwiegelung von Bevölkerungsteilen mit seinen Formulierungen zurück. So sei der Begriff des „Generalstreiks“ tabu gewesen.

10 000 Verhaftungen

Nachdem am 17. Juni um 13.00 Uhr der Ausnahmezustand ausgerufen worden war und die gesamte DDR-Führungsspitze in das Hauptquartier der sowjetischen Besatzungsmacht nach Karlshorst geflohen war – offiziell hieß das „evakuiert“ – wurde der Aufstand mit Hilfe von Panzern der sowjetischen Armee, 600 allein in Berlin, niedergeschlagen. „Proletarier aller Länder vereinigt euch! Aber

Scharfsinniger Kritiker

Wolfgang Leonhard wurde 1921 in Wien geboren, besuchte in Berlin und ab 1935 in der Sowjetunion die Schule. 1942 wurde er zur Kominternschule nach Baschkirien abgeordnet, der wichtigsten ideologisch-politischen Ausbildungsstätte für ausländische Kommunisten in der damaligen UdSSR.

Am 30. April 1945 kehrte er als Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ in das umkämpfte Berlin zurück und war zunächst Mitarbeiter des Zentralkomitees der KPD und späteren SED. Ab 1947 lehrte er als Dozent an der SED-Parteihochschule.

Er geriet zunehmend in Opposition zum Stalinismus und flüchtete im März 1949 unter Lebensgefahr in das blockfreie Jugoslawien, wo

der Abtrünnige angesichts des 1948 ausgebrochenen Tito-Stalin-Konflikts höchst willkommen war. Ende 1950 kam er in die Bundesrepublik und wirkt bis heute als Sowjetexperte und Autor zahlreicher Bücher über den Kommunismus und die Sowjetunion bzw. Russland. Sein erstes großes Werk war „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ im Jahr 1955. Das Buch wurde zu einem Klassiker der Zeitgeschichtsschreibung und machte Leonhard weltberühmt. Es liefert eine Aufsehen erregende Innenansicht der Sowjetunion und eine Darstellung von Leonhards Denkprozess vom gläubigen Jungkommunisten bis zum scharfsinnigen Kritiker des kommunistischen Systems.

nicht mehr als drei auf einmal“, zitiert Leonhard eine Karikatur in einer jugoslawischen Zeitung. Bis zum 1. Juli wurden rund 10 000 Aufständische verhaftet, darunter sechs Prozent SED-Mitglieder. 20 Todesurteile wurden vollstreckt. Sie dienten der Abschreckung, der Disziplinierung des Volkes und der Machtdemonstration des SED-Regimes.

Walter Ulbricht, dessen Ablösung und Nachfolge in Moskau bereits beschlossene Sache war, ging als eigentlicher Sieger aus diesem Konflikt hervor und konnte seine Machtstellung weiter ausbauen. Der 17. Juni sicherte – so paradox es klingen mag – sein politisches Überleben: „Sein taktisches Geschick siegte gegen seine intellektuellen Widersacher!“ bilanzierte Leonhard. Deswegen muss der 17. Juni als Niederlage der Opposition beurteilt werden, wenn auch der alte Zustand nicht wieder hergestellt werden konnte. Da störte auch nicht, dass die Sowjetführung Ulrichts 60. Geburtstag am 30. Juni 1953 in der Prawda fast ignorierte. Er wurde nicht wie bei anderen kommunistischen Staatsmännern üblich mit der Erwähnung aller seiner Staats- und Parteiämter seitenglang gewürdigt, sondern wurde in einem kleinen Artikel lediglich als „einer der Leitenden in der DDR“ gefeiert.

Wolfgang Leonhard ging zum Schluss noch auf die Aufnahme dieses historischen Datums in der Bundesrepublik ein. Mehr und mehr seien die Inhalte dieses nationalen Feiertages in Vergessenheit geraten. Das Streben nach nationaler Einheit wurde in den 70er Jahren mehr und mehr als unglaublich angesehen, eine Mehrheit hatte sich mit der Realität der beiden deutschen Staaten abgefunden. 25 Jahre danach – 1978 – wusste nicht einmal mehr die Hälfte der Westdeutschen, was an diesem Tag in der DDR passiert war. Und in den 80er Jahren war eine Mehrheit für die Abschaffung dieses Feiertages.

Der Historiker Leonhard zeigte sich überzeugt, dass ein Gedenktag zum 17. Juni mit einem wahrheitsgetreuen Inhalt mehr Wirkung gehabt hätte. Er schloss mit der Feststellung, dass der 9. Oktober 1989, als 70.000 Menschen unter Todesangst in Leipzig an der Montagsdemonstration teilnahmen, das entscheidende Datum im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands sei und der willkürlich gewählte 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit „ebenfalls nicht bleibend sein wird“.

Bernd Salvermoser/
Michael Schröder

„Aus der Vergangenheit wird keine Zukunft“

Von der Geschichte lernen - mehr Zivilcourage

Hat uns die Vergangenheit politisch das Richtige gelehrt? Und ist die deutsche Gesellschaft des 21. Jahrhunderts mit ausreichend Zivilcourage ausgestattet? Das waren die zwei Kernfragen des Akademiegesprächs im Landtag, das vom ehemaligen Bundesminister und Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Klaus von Dohnanyi, bestritten wurde. Eingangs hatte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter die letzte noch lebende Schwester von Hans und Sophie Scholl zitiert und betont, dass es heute in der Demokratie im Vergleich zur Nazidiktatur für Zivilcourage keinen Todesmut mehr brauche, sondern „nur“ einen aufrechten Gang.

Dohnanyi mahnte mehr Bescheidenheit an beim Verweis auf die deutsche Nazi-Vergangenheit. Es gebe gute Gründe für Erinnerungsarbeit, doch es dürfe nicht beim Zurückblicken bleiben; denn „aus Vergangenheit wird keine Zukunft“. Deutschland und die Deutschen müssten aber an ihre Zukunft glauben. Niemand dürfe sich hinter der negativen Vergangenheit verstecken und klein machen: „Europa braucht ein selbstbewusstes Deutschland, das endlich auch über seine „nationalen Interessen und internationale Aufgaben diskutiert.“

„Es könne nicht vor jeder internationalen Aufgabe zurückschrecken und Verantwortung ablehnen mit dem Verweis, einem neuen Nationalsozialismus vorbeugen zu wollen.

Die moderne deutsche Demokratie sei mit den Zuständen am Ende der Weimarer Republik nicht vergleichbar. Die wehrhafte Verfassungsordnung des Grundgesetzes mache es Feinden unserer Grundordnung ungleich schwerer, die Gesetze auszuhebeln.

Aus den historischen Erfahrungen sollten wir die richtigen Schlüsse ziehen.

Auch heute gebe es wirtschaftliche Krisenerscheinungen. Man sei sich bewusst, dass „der globale Wirtschaftsboden erheblich schwankt“. Um also einem Aufstieg radikaler politischer Kräfte in einem anderen Land vorzubeugen, könne man aus der deutschen Geschichte viel lernen. „Unsere sachkundige deutsche Stimme sollte international hörbarer werden“, forderte Dohnanyi. „Auch das sollte zur deutschen Erinnerungskultur gehören.“



Klaus von Dohnanyi: „Toleranz ist die Zwillingsschwester der Zivilcourage.“ Foto: Schröder

Lebenslauf eines Zeitzeugen

Dr. Klaus von Dohnanyi wurde 1928 als Sohn des im April 1945 im KZ Sachsenhausen ermordeten Reichsgerichtsrates Hans von Dohnanyi in Hamburg geboren. Sein Vater war Mitglied der militärischen Abwehr und eine zentrale Figur des Widerstands gegen Hitler. Seine Mutter war eine geborene Bonhoeffer. Er studierte Jura an den Universitäten von München, Columbia, Stanford und Yale und arbeitete nach der Promotion 1949 in Hamburg am Max-Planck-Institut für internationales Privatrecht. Er war von 1953 bis 1960 in der Automobilindustrie tätig und von 1960 bis 1968 Geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Marktforschung und Unternehmensberatung Infratest. Seine politische Karriere führte ihn auf Bundesebene 1968 als Staatssekretär ins Bundesministerium für Wirtschaft unter Karl Schiller, als Parlamentarischen Staatssekretär und als Minister ins Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und von 1976 bis 1981 als Staatsminister ins Auswärtige Amt. Von 1981 bis 1988 war Dohnanyi Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. Nach der Wiedervereinigung war er von 1993 bis 1996 Sonderberater „Markt und Staat“ der Treuhandnachfolgegesellschaft.

Der Widerstand gegen die Nazi-Diktatur habe deutlich gemacht, dass es in Deutschland „keine tiefgestaffelte Verteidigung“ gegen die Attacken auf die Demokratie gab. Zivilcourage sei notwendig, auch wenn – oder gerade weil – sie gegen die landläufige Meinung der Mehrheit geht. Denn „auch die besten demokratischen Institutionen bleiben ohne entschlossene Demokraten gefährdet“, sagte von Dohnanyi. Diese Bereitschaft zum aufrechten Gang hänge allerdings davon ab, wie die demokratische Gesellschaft darauf reagiere. Werde mit Ausgrenzung oder existenzieller Vernichtung geantwortet, „wird die Zivilcourage in der Gesellschaft erlahmen“, sie könne nur in einer toleranten Umgebung gedeihen.

„Toleranz ist die Zwillingsschwester der Zivilcourage“, betonte von Dohnanyi. „Hier haben wir leider wenig erreicht.“ Die Republik leide unter einem intoleranten Klima von political correctness: „Das führt zu vorsichtiger Anpassung und Gedankenfeigheit.“ Daraus ergab sich für Klaus von Dohnanyi die Frage, ob die „Vergangenheitsbewältigung“, wie sie in Deutschland praktiziert wurde und wird, freie Meinungsäußerung und streitigen Dialog eingeengt hat: „Erstickt die Art und Weise, wie wir in Deutschland oft unsere Nazi-Vergangenheit bemühen, eventuell die freimütige politische Diskussion zugunsten von lautstarker Konformität? Lassen wir uns nicht allzu oft auf einen engen Pfad der political correctness abdrängen?“

Meinungsfreiheit

Für Deutschlands Zukunft, für Demokratie und Kultur ist heute nichts wichtiger als ein Klima offener und breiter Meinungsfreiheit; da ist sich von Dohnanyi sicher. „Wir müssen uns vor allzu mächtiger political correctness

„Unsere sachkundige deutsche Stimme sollte international hörbarer werden“

Klaus von Dohnanyi

schützen.“ Nur aus offener Meinungsfreiheit, die extreme Abweichungen toleriere und im politischen Streit austrage, erwachsen Mut und Kreativität. „Meinungsfreiheit lehrt demokratische Selbstbehauptung, und toleranter Streit ist das Fundament der demokratischen Gesellschaft. Das zu erinnern, schulden wir den Frauen und Männern des deutschen Widerstands. Einen tiefen, inneren Sinn für Freiheit zu entwickeln, ist für uns heute die wichtigste Lehre aus der deutschen Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Wir haben sie noch nicht beherzigt.“ ■

Michael Schröder / Julia Pötzl

Opfer der DDR-Justiz

Bei einem Studentenfest zum Thema „Widerstand und Verfolgung in der SED-Diktatur“ unter der Leitung von Jürgen Weber verfolgten 70 Schülerinnen und Schüler der Kollegstufe der Gymnasien Bad Aibling und Grafing mit großem Interesse die Berichte der beiden Zeitzeugen Achim Beyer (Erlangen) und Joachim Kukuk (Breitenworbis). Auch das Bayerische Fernsehen hatte sich eingefunden und berichtete abends in der Rundschau davon.

Joachim Kukuk, von Beruf Heizungs- und Sanitärinstallateur, war im April 1989 für kurze Zeit auf Montage in dem besonders scharf bewachten Grenzbereich an der thüringisch-niedersächsischen Grenze. Zusammen mit einem Arbeitskollegen ergriff der damals 22-Jährige die, wie ihm schien,

seiner Klasse in der sächsischen Stadt Werdau Flugblätter gegen das Terrorregime der SED herstellte und verbreitete. Die Forderung der Schüler nach Frieden, Freiheit und Einheit Deutschlands mittels Flugblattaktionen wurde ihnen von der Staatssicherheit und der im Parteiauftrag tätigen Justiz als



Fototermin im Akademiepark: (v.r.): Achim Beyer, Tagungsleiter Jürgen Weber, Joachim Kukuk mit Ehefrau.

Foto: Pötzl

einmalige Gelegenheit zur Flucht in die Bundesrepublik, weil er leben wollte wie seine Altersgenossen im Westen. Die lebensgefährlichen Sperranlagen bei Duderstadt konnte er wie durch ein Wunder unverletzt überwinden. Erst danach wurde ihm klar, welches Risiko er eingegangen war; jahrelang verfolgten ihn Albträume, in denen ihn immer wieder bellende Schäferhunde von einer Leiter zurückrissen.

Achim Beyer geriet 1951 in die Fänge der DDR-Staatsmacht, als der damals 19-jährige Abiturient zusammen mit weiteren Schülerinnen und Schülern

„Bojkottetze“ gegen „demokratische Einrichtungen“ ausgelegt und mit drakonischen Strafen geahndet. Nach schlimmen Verhören durch die Geheimpolizei und einem allen rechtsstaatlichen Regularien Hohn sprechenden Prozess wurde Achim Beyer zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Haftzeit verbrachte er unter primitiven Bedingungen in mehreren Gefängnissen der DDR; erst 1956 wurde er nach fünfthalb Jahren entlassen. Nach seiner Flucht in den Westen, wenige Monate später, konnte er endlich sein Abitur nachholen. ■

jw

Mehr Qualität im Geschichtsunterricht: Geschichte als Denkfach

Perspektiven eines internationalen Projekts

Theoretiker und Praktiker aus Deutschland, Österreich, Ungarn, der Schweiz, Belgien und Dänemark trafen sich in der Akademie, um den Zwischenstand eines seit zwei Jahren laufenden Projekts zur qualitativen Verbesserung des Geschichtsunterrichts zu bilanzieren. Die Projektgruppe „FUER Geschichtsbewusstsein“ unter Leitung der Eichstätter Geschichtsdidaktikerin Waltraud Schreiber hat sich das Ziel, den Geschichtsunterricht „von innen“ zu reformieren, auf die Fahne geschrieben. Für die Akademie für Politische Bildung, die seit ihrer Gründung in der Lehrerfortbildung engagiert ist und auch eigene Schülerforen im Programm hat, war dies ein guter Anlass für eine gemeinsame Fachtagung.

„Über Jahrzehnte war Geschichte in den Schulen ein Paukfach. Was wir heute brauchen, ist ein Denkfach!“ Diese Forderung, die Waltraud Schreiber eingangs formulierte, eint die beteiligten Historiker, Geschichtsdidaktiker, Pädagogen und Schulbuchmacher, die seit etwa zwei Jahren am Projekt mitarbeiten. Das „Projekt zur Förderung Und Entwicklung von Reflektiertem und (selbst-)reflexivem Geschichtsbewusstsein“ will die Schüler in die Lage versetzen, reflektiert mit Geschichte umzugehen. „Dekonstruktionskompetenz“, also die Fähigkeit, „fertige Geschichten“ bewusst zu hinterfragen (Quelle, Kontext etc.) ist hierbei von zentraler Bedeutung. Diese Fähigkeit setzt Methoden-, Sach-, Orientierungs- und Fragekompetenz voraus und ist sehr anspruchsvoll, aber lohnend. Denn nur, wenn Schüler historisch denken, also Quellen nutzen, bewerten oder Darstellungen hinterfragen, entstehe Geschichtsbewusstsein, das auch Jahrzehnte nach dem Schulbesuch noch hilfreich sei. Dieses Ziel sei, so Schreiber, nur durch die intensive Verzahnung von Grundlagen- und Anwendungsforschung zu erreichen. Aus diesem Grund seien neben einer Vielzahl beteiligter Fachdidaktiker schon von Beginn an Lehrerarbeitskreise gebildet worden, die die Er-

kenntnisse umsetzen, evaluieren und wiederum selbst Verbesserungsvorschläge einbringen. Das theoretisch fundierte und praktisch getestete Ergebnis soll in einigen Jahren den Lehrerinnen und Lehrern in der Aus- und Fortbildung zur Verfügung gestellt werden.



Waltraud Schreiber:
Geschichte als Denkfach
Fotos: Pötzl



Bodo von Borries: „Grundlagen für reflexives Geschichtsbewusstsein fehlen“

könne. Lehrer und Wissenschaftler entwickeln dafür gemeinsam Sequenzen, Modelle und Materialien, die den Geschichtsunterricht in der Praxis neu gestalten.

Objektive Quellen?

Auf die teils massiven finanziellen Probleme bei der Durchführung von Teilprojekten kam der Hamburger Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries zu sprechen. Er hat mit seinen Mitarbeitern rund 1200 Schüler und Studenten sowie 70 Lehrer zu Schulbuchbenutzung und -beurteilung befragt. Dazu kamen Statement-Abfragen zum Begriffsverständnis von „Quellen“ und „Darstellungen“, die – angesichts der „quellenorientierten“ Gestaltung aller neueren Schulbücher schlechterdings entscheidend sind. Dabei zeigte sich, dass die These „Schüler(innen) [würden] durch einen verkürzt ‚quellenorientierten‘ Unterricht die Fehlkonzeption erwerben, Quellen seien ‚objektiv‘, Darstellungen dagegen ‚tendenziös‘“ durch die Befragung weiter gestützt werde. Auch das Resultat, dass Schüler der 12. Klasse sehr oft überfordert sind, Inhalte der Schulbücher der 6. und 7. Klassen korrekt wiederzugeben, stimmt nachdenklich. Zumeist werde eben nicht aufmerksam und nicht kritisch gelesen, so von Borries. „Damit sind die elementaren Voraussetzungen und Formen von ‚Reflexion und Selbstreflexivität‘ bis zur 12. Klassenstufe gegenwärtig nicht gegeben.“ Leider sei derzeit nicht einmal die „kunstgerechte Auswertung der bisher bereits erhobenen Daten“ finanziell gesichert. Dabei habe sich die Kombination von quantitativer Forschung (Fragebogen) mit qualitativer Erhebung (Interviews) als sehr fruchtbar erwiesen. ■

Manfred Schwarzmeier

Projektinformationen: www1.ku-eichstaett.de/GGF/Didaktik/Projekt

„Kamera drauf!“ – Gewöhnen wir uns an das Entsetzen?

Horrorfilme und Kriegsberichte – Gewalt im Fernsehen

„Mittlerweile sind wir in einer industriellen Schraubenfabrik. In der Industrie geht es ums Geld. Und Fernsehen ist eine Industrie!“ Diese desillusionierenden Worte über das einstige „Kulturgut Fernsehen“ sprach kein Geringerer als Ulrich Meyer, bundesweit bekannt als Moderator der Sendereihe „Akte 03 – Reporter decken auf“ bei SAT 1 und Inhaber einer eigenen Produktionsfirma. Meyer, einst Erfinder des „Heißen Stuhls“ und Leiter des Boulevard-Formats „Explosiv“, war Guest der Tagung „Kamera drauf – Gewöhnen an das Entsetzen“. Medienpädagogen und Lehrer trafen sich auf Einladung der Tutzinger Akademie, der Akademie Frankenwarte und des Bundesverbandes „Jugend und Film“ in Würzburg.

„Wer gewöhnt sich an das Entsetzen?“ fragte Helga Theunert, Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF) in München. Die Journalisten oder das Publikum, das sich – nach dem Medienkritiker Helmut Greulich – „zu einer gefräßigen Mega-Hyäne entwickelt hat, die vor keiner noch so üblen Kost zurückschreckt“? Sicher schaut das Publikum in großen Mengen hin bei Kriegen, Krisen und Katastrophen. Doch der Gradmesser des „Erfolgs“, die Einschaltquote, zeigt nur, dass Fernsehgeräte eingeschaltet waren. Sie offenbart uns nicht, ob Leute wirklich hingeschaut haben und was sie dabei empfinden.

Theunert richtete den Fokus ihrer Beobachtungen auf Kinder und Jugendliche. Das JFF verfügt über einen großen Fundus empirischer Forschung mit dieser Gruppe. Und die Ergebnisse zeigen große Unterschiede in bezug auf Horror in fiktiven Unterhaltungsprogrammen und Darstellung realer Gewalt in Nachrichten und Informationssendungen. Entscheidend sind Genre, Kontext und Darbietung der Gewalt und des Schreckens. Am wenigstens ernst genommen wird Gewalt in Zeichentrickangeboten. Sie berührt Kinder am Ende des Vorschulalters am wenigsten. Schwieriger wird es mit Gewalt in fiktionalen Angeboten, in denen „echte Menschen“, also Schauspieler, vorkommen. Und noch ernster wird Gewalt genommen, wenn insze-

nierte Realität präsentiert wird – also zum Beispiel im Klassiker des Reality-TV, Aktenzeichen XY – ungelöst (der Täter läuft noch frei herum und kann an der nächsten Ecke lauern). Ähnlich wird auch der „Notruf“ mit Hans Meiser empfunden: Jüngere und fernsehunfahrene Kinder meinen, sie seien „echt“ dabei, wenn Unfälle passieren oder Menschen gemeuchelt werden.



Helga Theunert: „Gewalt im realen Zusammenhang wirkt am bedrohlichsten.“ Fotos: ms

Am allermeisten jedoch berühren die Berichte über reale Gewalt in Kriegen. Kinder wissen, dass hier Wirklichkeit gezeigt wird: die Toten sind wirklich tot, die Verwundeten leiden wirklich und die Weinenden sind wirklich traurig. Und die zentrale Frage der jungen Zuschauer lautet: Kann der Krieg auch zu uns kommen?

Helga Theunert entdeckte bei ihren Forschungen, dass Kinder einen zutiefst humanistischen Blick auf die Welt haben und dass bei kritischen Äußerungen von Kindern über gewalttätige, zum Teil voyeuristische Fernsehbilder ethische Leitlinien erkennbar werden: „Diese Leitlinien geben zu denken, wenn es um die Frage geht, ob die Zuschauer sehen wollen, was die Programmverantwortlichen meinen, ihnen anbieten zu müssen.“ (siehe Zitate im Kasten)

Auf den Punkt gebracht lauten diese ethischen Prinzipien:

- Achtung vor den Opfern
- Beharren auf Wahrhaftigkeit
- Verurteilung von Schaulust
- Wahrung der Menschenwürde
- Parteinahe gegen Geschäftemacherei.

Theunert geht es nicht um ein Bilderverbot: „Zu berichten, dass Krieg tötet, ist journalistische Pflicht.“ Der Medienforscherin geht es bei der Darstellung um die Art der Bilder und die Achtung vor den Opfern. Ihr Fazit: die heranwachsende Generation hat sich noch nicht an das Entsetzen gewöhnt. Kinder und Jugendliche empören sich

„Die zeigen, wie da halbe Leichen...rumliegen, jemand im Plastiksack und lauter Blut...das sollten sie nicht.“

12 Jahre

„Ich fand's schlecht, dass man verblutete Menschen gezeigt hat und dass die Menschen aus den Fenstern gesprungen sind. Ich finde, das muss man nicht zeigen.“

13 Jahre

„Jeder weiß, wie schrecklich Krieg ist, aber das ist übertrieben,...dass man da Leute sieht, die Arme und Beine abgehackt haben.“

12 Jahre

darüber, dass mit schrecklichen Ereignissen Geschäfte gemacht werden. Und Theunert empfahl ein Adorno-Zitat als Leitsatz für alle Fernsehschaffenden: „Die Menschen haben ein Recht darauf, nicht angeschmiert zu werden, selbst wenn sie darauf bestehen, angeschmiert werden zu wollen.“

Ein Leitsatz, dem sich auch SAT1-Moderator Ulrich Meyer (Akte 03) und die Leiterin der Infotainmentabteilung bei RTL, Agnes Ostop, anschließen konnten: „Die Leute wollen nicht betrogen werden.“ Sie bestehen darauf, dass „unsere Bilder zeigen, was passiert ist.“ Reality-TV sei nun ein-

funk den blutigsten Bildern hinterherjagen. Als problematisches Format stufte Meyer die SAT1-Vorabendserie „Lenssen und Partner“ ein. Es geht um einen Rechtsanwalt und für ihn recherchierende Detektive: „Sie kommt als Doku-Drama daher und spiegelt vermeintliche Realität vor. Dabei agieren Schauspieler in fiktiven Geschichten. Da muss sich keiner an Persönlichkeitsrechte halten. Und zu uns kommen dann die Leute und fragen, warum wir ständig Personen unkenntlich machen und Stimmen verfremden!“ Kritische Fragen aus dem Publikum nach der Verantwortung der Journalisten gegenüber der Gesellschaft – vor allem Kin-

„Bilder bekommen, gezielt streuen, steuern oder verhindern.“ Neu im Irak-Krieg waren die „embedded journalists“, die „eingebetteten Journalisten“. Sie sind die Kriegsreporter neuen Typs: Sie werden von den Truppen, die sie begleiten, mit Nachrichten versorgt. Sie berichten nur, was die Armee vor-



Agnes Ostop (links) und Ulrich Meyer (rechts) produzieren die TV-Ware „wahres Leben“. In der Mitte Moderator und Tagungsleiter Michael Schröder

Foto: Stefan Mitterwieser, Medienzentrum Augsburg

mal Teil der Fernsehindustrie und die Ware „wahres Leben“ sei gut zu verkaufen. Meyer betonte, dass die Ausdrucks Kraft der Bilder über den Nachrichtenwert entscheide. Und die vielfach geschmähte Währung „Einschaltquote“ sei nun einmal der einzige verlässliche, quantitative Gradmesser des Erfolgs in der werberelevanten Zielgruppe der 14-49-Jährigen. Die Programm-Macher sind ständig auf der Suche nach Nischen und dem unverwechselbaren Programm, das aus der Masse der weit über 30 Angebote herausragt. „Alte amerikanische Formate funktionieren nicht mehr“, sagte Agnes Ostop mit Blick auf rasende Videoreporter, die mit dem Ohr am Polizei-

dern und Jugendlichen – konterten die beiden Infotainment-Profis mit dem Hinweis auf die Verantwortung von Eltern und Pädagogen.

Ganz andere Probleme im Zusammenhang mit Grauen und Entsetzen plagen den Fernseh-Chefredakteur des Südwestrundfunks (SWR), Michael Zeiß. Der SWR war während des Irak-Krieges die federführende ARD-Anstalt. Er weiß aus leidvoller Erfahrung des Golfkrieges 1991, dass über den „Erfolg“ eines Krieges nicht nur die Militärs entscheiden, sondern auch, dass es gelingt die Kontrolle über die Informationen zu kriegen:



Michael Zeiß will den Zuschauern auch mögliche Zweifel und Unsicherheiten vermitteln.

führt und erlaubt. Bilder von toten US-Soldaten sind ebenso verboten wie tote irakische Kinder. Unter den rund 500 dieser Kriegsreporter sind vor allem Briten und Amerikaner und Journalisten aus verbündeten Nationen. ARD und ZDF sind nicht dabei.

Ein Krieg, zwei Welten

Während der US-Nachrichtensender CNN mit „Live-Kameras“ die saubere Seite des Krieges präsentierte, zeigt der arabische Sender Al Dschasira die hässliche. Bei CNN erinnern Explosionsbilder an Hollywood-Spezialeffekte. Feindliche Stellungen werden nicht gesprengt und deren Soldaten getötet, sondern „ausgeschaltet“. Al Dschasira hält dagegen: Bilder, bei denen auch

„Ein Journalist macht sich mit keiner Sache gemein. Auch nicht mit einer guten!“

Hanns Joachim Friedrichs

der Nachrichtenprofi wegsehen muss, weil sich der Magen umdreht: Bilder aus einem Krankenhaus in Basra, Dutzende von Toten mit verbrannten

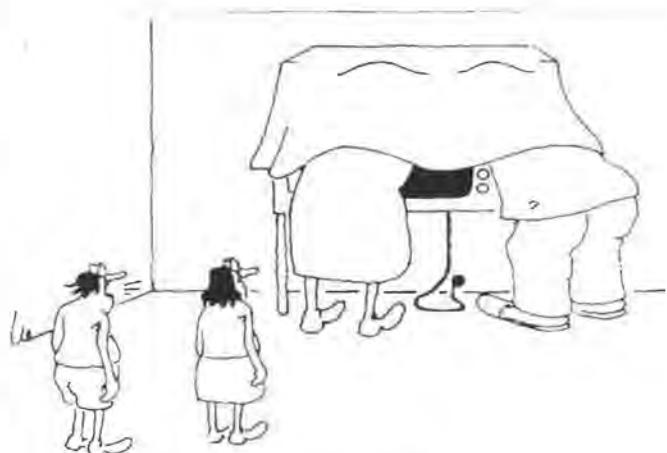
Körpern und zerfetzten Köpfen liegen auf den Gängen. Verkohlte Babies, ein Pfleger wischt Blut auf. Im Inneren eines Hauses liegen blutüberströmte Leichen erschossener US-Soldaten. Und alle Fernsehzuschauer erinnern sich noch an die Bilder der amerikanischen Kriegsgefangenen mit Augen voller Angst und gebrochenen Stimmen angesichts einer ungewissen Zukunft. Sie werden der Weltöffentlichkeit mit Hilfe der Medien vorgeführt. „Die Medien auf beiden Seiten wurden instrumentalisiert“, sagte Zeiß.

Wie Bilder lügen können

Aus der Werkstatt des Nachrichtenmanns lieferte der SWR-Chefredakteur einen eindrucksvollen Bericht über die Manipulationsmöglichkeiten moderner Medientechnik. Ausgangslage war die Nachrichtenlage am 23. März. BBC hatte die Einnahme von Basra gemeldet. Die Bilder zeigen explodierende Panzer und US-Scharfschützen. Die gleichen Bilder, ein anderer Sender, eine völlig andere Geschichte: Marines zerstören leere irakische Panzer. Keine Kämpfe, niemand unter Beschuss. Zeiß gibt den Blick hinter die Kulissen frei: „Was die Bilder wirklich zeigen, ist nur auf dem Origi-

nalmaterial zu sehen. Ein irakischer Panzer wird zerstört. Ein Soldat wartet, blickt zur Kamera, zieht dann erst die Handgranate. Explosion. Ein stilisiertes Kriegsbild.“ Ein anderes Beispiel: „Schüsse auf einen Panzer, bei

Michael Zeiß hat für sich und seine Kollegen die Konsequenzen gezogen: „Kriegsberichterstattung kann nur heißen: recherchieren, aufpassen, einordnen, bewerten, möglichst viele Quellen anzapfen, Quellen offen legen, den



Karikatur: Liebermann

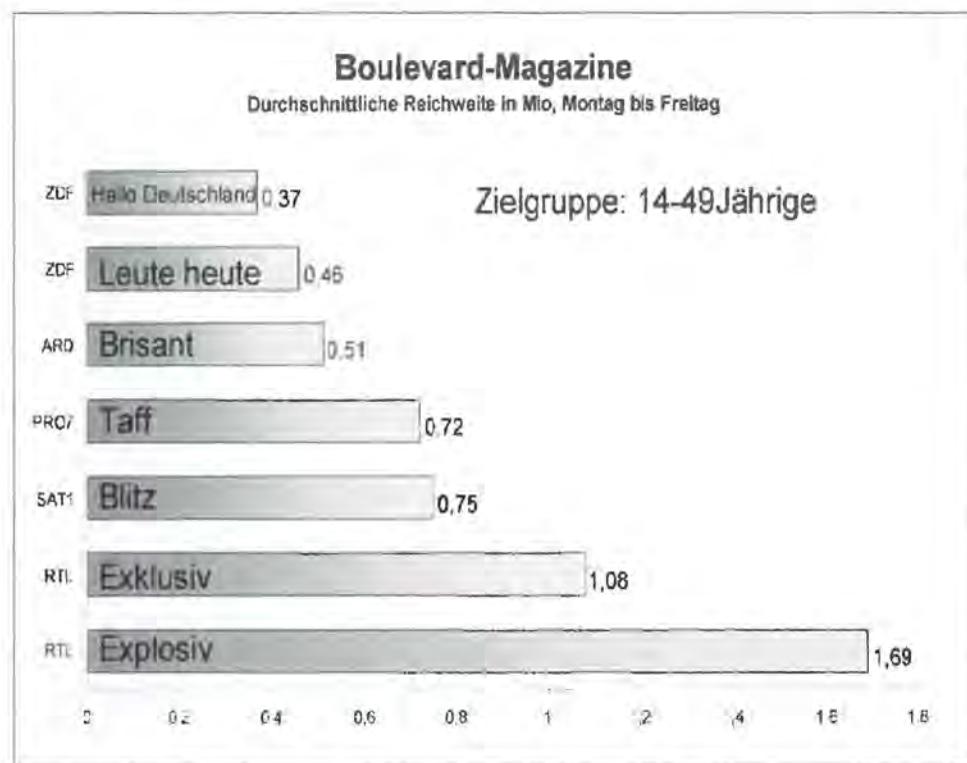
dem hinten die Tür offen steht. Ladehemmung. In aller Ruhe stellen sich die Soldaten neu auf. Keine Spur von feindlichem Beschuss. Wir sehen nicht wirklich Krieg, sondern Stellübungen für einen Kameramann. Hier wird für das optimale Bild geprobt.“

Zuschauern auch Zweifel und mögliche Unsicherheiten vermitteln. Es gilt, beim Zuschauer ein Bild wie ein Puzzle entstehen zu lassen. Möglichst nahe an der Wahrheit, mit möglichst vielen Steinchen im Mosaik.“

Die bissige Medienkritik der Berliner „taz“, die Berichte über den Krieg seien „Militainment“ und „Warnography“ gewesen, weil alles nach der Quote schiele und es dem Publikum so gefiele, ließ Zeiß für den SWR und die ARD insgesamt nicht gelten: „Es wurde erfolgreich versucht, den Krieg möglichst von allen Seiten zu beleuchten.“ Und man habe nach der Maxime des früheren Tagesthemen-Moderators Hanns Joachim Friedrichs gehandelt: „Ein Journalist macht sich mit keiner Sache gemein. Auch nicht mit einer guten!“ ■

Michael Schröder

(siehe auch Pressestimmen S. 32)



„Villino – 2, die Erste! Und Action!“

Praktische Filmarbeit stand auf dem Stundenplan einer Lehrerfortbildung zum Thema „Zeitgeschichte im Film – verfilmte Zeitgeschichte“. Drehort war das Thomas-Mann-Haus „Villino“ auf dem

lief auf das Grammophon. Die Teilnehmerinnen drehten einen kleinen Dokumentarfilm über das Haus. Mit von der Partie: Profi-Kameramann Ludolph Weyer, der beim mehrfach preisgekrönten Breloer-Dreiteiler „Die



„Die Fülle des Wohllauts“ als bewegtes Bild

Gelände der Bundeswehr-Fernmelde- schule in Feldafing in unmittelbarer Nachbarschaft der Akademie. Hier hatte der Literatur-Nobelpreisträger in den 20er Jahren einige Kapitel seines berühmten Romans „Der Zauberberg“ geschrieben – unter anderem „Die Fülle des Wohllauts“, ein Lob-

Manns“ mit dabei war, und Jürgen Schultheis, der als Lehrer aktive Videoarbeit mit Jugendlichen macht. Informationen zur Geschichte des Hauses und zu Thomas Mann lieferte Gernot Abendt aus Tutzing, der sich als intimer Kenner Manns und seiner Aufenthalte in Feldafing erwies.



Licht und Ton werden eingerichtet: Gernot Abendt beim Interview
Fotos: Schröder

Freunde und Förderer kennen ihn als Vorsitzenden des Förderkreises unserer Akademie. Die Lehrer entwarfen nicht nur das Drehbuch und führten das Interview, sondern waren auch aktiv beim Filmen, Schneiden und Nachbearbeiten des gedrehten Materials. Sie staunten nicht schlecht, wieviel Arbeit darin steckt, aus 45 Minuten Rohmaterial einen „nur“ fünf Minuten kurzen Film zu machen. Am Ende gab es für alle eine DVD mit dem eigenen Seminarprodukt. ■ ms

Projekttag Medien und Politik:

Over-newsed, aber under-informed

Wie werden wir eigentlich informiert? Mit dieser Frage setzten wir – der Grundkurs Sozialkunde am Murnauer Staffelsee-Gymnasium – uns am „Projekttag Medien und Politik“ in der Tutzinger Akademie für Politische Bildung auseinander.

Mit unserem Seminarleiter, dem gerittenen Journalisten Michael Schröder, erarbeiteten wir Kriterien für die Auswahl der Nachrichten aus den vielen Meldungen der Presseagenturen. Dabei erkannten wir: „Wir sind over-newsed, aber under-informed“, sprich: Zu viele Nachrichten mit zu geringem Informationsgehalt. Wie unterschiedlich die Themenauswahl von privaten und

öffentlichen Fernsehsendern ausfällt, verglichen wir anhand zweier Nachrichtensendungen des Vortages (RTL-Aktuell und ARD-Tagesschau), bevor wir in die Mittagspause entlassen wurden. Dort wurde uns edler Spargel kredenzt (parallel fand ein Diplomaten-Kongress statt!). Den Rest unserer Mittagspause verbrachten wir auf dem hauseigenen Bootssteg am Starnberger See. Dann wurden wir in Gruppen aufgeteilt. Jeder Gruppe wurden zehn Presseagenturmeldungen zugeteilt, aus denen wir drei, die uns in der Rolle von RTL-Redakteuren relevant erschienen, aussuchen sollten. SARS oder Anastacias neuer Freund? Zähe Verhandlungen in den Gruppen folgten. Jetzt galt

es, die Auswahl in einer simulierten Redaktionssitzung mit allen Gruppen und Herrn Schröder als Chefredakteur zu vertreten. Nach hitziger Diskussion hatten wir endlich eine Themenauswahl und Reihenfolge festgelegt. Schließlich bat uns Herr Schröder um ein „feedback“, welches durchwegs positiv ausfiel. Wir möchten uns für den informativen, sonnigen, lustigen und spannenden Tag, den wir in Tutzinger verbringen konnten, bei unserem Kursleiter Rupert Grübl und unserem Seminarleiter Michael Schröder bedanken! ■

*Johanna Schuster und Heike Müller,
für den Grundkurs Sozialkunde, K12,
Staffelseegymnasium Murnau*

Schülerforum – die etwas andere Tagung

Erfahrungen und Impressionen aus einer Veranstaltungsreihe
für die „Multiplikatoren von morgen“

Bereits zum dritten Mal fand das Schülerforum zum Thema Nahost-Konflikt statt. Damit hat diese neue Veranstaltungsreihe die Erprobungsphase hinter sich gelassen. Die Reaktionen der insgesamt 131 Schülerinnen und Schüler aus acht bayerischen Gymnasien sowie der beteiligten Lehrer waren durchwegs sehr positiv. Diese Resonanz ist der beste Grund dafür, die Reihe weiter zu führen und auch über zusätzliche Themenschwerpunkte nachzudenken.

Wiederholt hat sich gezeigt, dass sich der Nahost-Konflikt als Thema für das Schülerforum sehr gut eignet. Zum einen verfügen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Tagesaktuallität des Konflikts schon über Vorwissen, zum anderen können viele verschiedene Aspekte (psychische Di-



Arbeitsgruppen: Vom Laien zum Experten

Fotos: Pötzl

Mit unserem Hauptreferenten Michael Ingber, der lange Zeit in Israel gelebt hat und eine sehr ausgewogene Sicht auf die Konfliktparteien hat, verfügen wir über einen Experten, der

Semaan, Mitglied der Jüdisch-palästinensischen Dialoggruppe München den Teilnehmern Rede und Antwort. Beide sind mit großem Engagement bei der Sache, was von den Schülern anerkannt wird.

Der Ablauf des viertägigen Forums ist so strukturiert, dass der Wissens- und Bewusstseinsstand der Teilnehmer gezielt aufgebaut wird. Dies erfolgt zum einen dadurch, dass schon im Vorfeld der Tagung innerhalb der Klassen anhand von ausgewählten Texten und Zeitungsausschnitten Basiswissen erworben wird. Der Leitfaden ist eine Liste mit zentralen Begriffen, die für die Geschichte und Gegenwart des Konflikts bedeutsam sind. Zu Beginn des Forums werden den Teilnehmern verschiedene Möglichkeiten vorgestellt, sich über die unterschiedlichen Aspekte zu informieren (Bücher, Internet etc.). Als emotionalisierender Einstieg in den Konflikt dient ein Film über die problematische Situation der Jugendlichen auf jüdischer und palästinensischer Seite und den Schwierigkeiten, zwischen den verschiedenen Gruppen tragfähige Beziehungen aufzubauen. Bevor die Teilnehmer in die



Basiswissen durch Informationen, u.a. auch im Internet

dimension, geographische Bedingungen, Menschenrechtssituation etc.) von Konflikten in und zwischen Gesellschaften gerade an diesem Beispiel sehr anschaulich herausgearbeitet werden.

nicht nur die Fakten und Hintergründe kennt, sondern auch über sehr viel didaktisch-methodisches Geschick im Umgang mit Schülern verfügt. Um die Ausgewogenheit der Perspektiven noch stärker zu betonen, steht Afif

Gruppenarbeit gehen, bekommen sie durch Michael Ingber eine kompakte Einführung in die Geschichte des Konflikts. Die Gruppenarbeit ist das Herzstück der Veranstaltung. In sechs thematischen Arbeitskreisen (Bevölkerung, Wirtschaft, Außenpolitik etc.) erarbeiten die Schüler vorwiegend eigenverantwortlich Fakten und Hintergründe. Dabei werden sie von den Referenten, den Tagungsleitern sowie den Lehrern nach Bedarf unterstützt. Jede Gruppe organisiert ihre Arbeit selbst, ein Verantwortlicher sorgt dafür, dass der Arbeitsplan eingehalten wird. Zwischen den Einheiten der Gruppenarbeit werden besondere Aspekte des Konflikts gemeinsam erörtert. Anhand von Textanalysen werden beispielsweise die besondere Problematik der verzerrten gegenseitigen Wahrnehmung und die psychischen Problemstrukturen analysiert. Am letzten Abend findet eine Diskussionsrunde statt, bei der nochmals offene Fragen und vor allem mögliche Lösungsvorschläge besprochen werden. Neben Ingber und Semaan nimmt daran auch Judith Bernstein, ebenfalls Mitglied der Jüdisch-palästinensischen Dialoggruppe, teil. Abschließender Höhepunkt des Forums ist die Präsentation der Gruppenergebnisse. Anhand von aufwändig gestalteten Wandtafeln erläutern die einzelnen Arbeitskreise ihre Ergebnisse. Dabei wird sehr schnell deutlich, wie intensiv sich die Teilnehmer mit ihren Teilespekten beschäftigt haben, wie sehr sie aber auch in der Lage sind, diese in den Gesamtkontext einzuordnen. Parallel zu den Wandtafeln wird von jeder Gruppe eine schriftliche Zusammenfassung der Ergebnisse angefertigt, die jeder Teilnehmer mit nach Hause bekommt. Die Wandtafeln können anschließend von den Schulen angefordert werden, z. B. um an der Schule selbst einen Projekttag zum Nahost-Konflikt zu gestalten. Dieses Konzept hat sich im Laufe der letzten eineinhalb Jahre schrittweise entwickelt. Verbesserungen resultierten vor allem aus Vorschlägen und aus Kritik der beteiligten Schüler und Lehrer. Dafür möchten sich diejenigen, die für die Leitung und Durchführung des Forums verantwortlich sind, herzlich bedanken. ■

Manfred Schwarzmeier

Sächsische Verfassungsmedaille für Heinrich Oberreuter

„Sachverständ, Erfahrung, Energie und Charme einer charismatischen Persönlichkeit“ gewürdigt

Für seine hervorragenden Verdienste bei der Neugestaltung des Sächsischen Hochschulwesens ist Akademiedirektor Heinrich Oberreuter mit der Sächsischen Verfassungsmedaille ausgezeichnet worden. Er war von 1991 bis 1993 als Gründungsdekan für Geistes- und Sozialwissenschaften an der Technischen Universität (TU) Dresden wesentlich

Erfahrungen gelang es, namhafte Mitglieder für die Gründungskommission zu gewinnen, die Gründungskonzepte für die philosophische Fakultät und die Fakultät Sprach- und Literaturwissenschaft ausarbeitete. Mit der Gründung dieser beiden Fakultäten, deren Ehrendoktor Sie sind, leisteten Sie einen wesentlichen Beitrag, dass sich die TU Dresden zur Volluniversität entwickelt



Mit der Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille durch Landtagspräsident Erich Iltgen (links) erfuhrn Oberreuters Verdienste bei der Neugestaltung des sächsischen Hochschulwesens eine öffentliche Anerkennung und Würdigung.

Foto: Landtagsamt

an Ausbau und Neugestaltung der sächsischen Hochschule beteiligt. 1998 verliehen ihm zwei Fakultäten der TU Dresden für sein wissenschaftliches und hochschulpolitisches Engagement die Ehrendoktorwürde. Von Februar 2002 bis April 2003 leitete der Passauer Hochschullehrer nebenamtlich als Direktor das Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, das die friedliche Revolution und den demokratischen Neubeginn in Ostdeutschland sowie die beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts erforscht. Die Verfassungsmedaille wurde Oberreuter in Dresden vom Stifter der Auszeichnung, dem Präsidenten des Sächsischen Landtags Erich Iltgen, überreicht. Iltgen sagte bei der Verleihung: „Dank Ihrer fachlichen Kompetenz und hochschulpolitischen

hat.“ Oberreuters Engagement im Hannah-Arendt-Institut würdigte der Sächsische Landtagspräsident mit den Worten: „Im Februar 2002 übernahmen Sie bereitwillig die Aufgabe, das Institut bis zum Amtsantritt von Gerhard Besier im April 2003 zu leiten. Mit Ihrem wissenschaftlichen Sachverständ, Ihrer wissenschaftspolitischen Erfahrung, Ihrer Energie und dem ganzen Charme Ihrer charismatischen Persönlichkeit gelang es Ihnen in schwieriger Zeit, Kommunikationsblockaden unter den Mitarbeitern abzubauen und Normalität im Institusbetrieb herzustellen. Mit großem Engagement setzten Sie sich dabei zugleich für eine stärkere Einbindung des Hannah-Arendt-Instituts in die internationale Forschungskooperation ein.“ ■ ms

ggcagcttgt aacaatattt tcagcaccta? –

Gentests geben Aufschluss

Neue Möglichkeiten der Gentechnik im Streit der Interessen

Gentests – der Laie denkt spontan an eine Haar- oder Speichelprobe, der dann alle gewünschten und unerwünschten Merkmale eines Menschen entnommen werden können. Tatsächlich unterscheidet man DNA-Test und Genomanalyse. Mit den Tests lassen sich lediglich unverwechselbare Kennzeichen der DNA-Struktur zur Identifizierung eines Menschen feststellen. Diese Tests verwenden Muster im nicht-codierenden Bereich und enthalten damit keine Erbinformationen. Genomanalysen dagegen untersuchen die codierten, informationstragenden Abschnitte und können Hinweise auf bestimmte Krankheitsrisiken geben oder eine bereits symptomatische Krankheit zu erkennen versuchen. All zu oft werden diese Testarten in einen Topf geworfen und mit einer Mischung aus diffusen Ängsten vor Überwachung, Selektion und Diskriminierung gewürzt.

Prognostische Qualität

Polizei, Versicherungen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber – sie alle sind potenziell interessiert an genetischem Wissen. Die molekulare Genetik nimmt heute, 50 Jahre nach der Entwicklung des DNA-Doppelhelixmodells durch Watson und Crick, direkten Einfluss auf unsere Lebenswelt. Genetisches Wissen zeichnet sich für Urban Wiesing, Professor für Ethik und Geschichte der Medizin, durch seine individuelle prognostische Qualität aus, mit der sich schicksalhafte, d.h. ohne eigenes Verschulden oder Zutun gegebene Krankheitsdispositionen erkennen lassen. In Verbindung mit der Frage nach Versicherungsleistungen gewinnt dieses Wissen an Brisanz. Zwar hat sich die Versicherungswirtschaft in Deutschland mit einem Moratorium bis Ende 2006 dazu verpflichtet, auf die Anwendung von genetischen Tests vor dem Abschluss einer Versicherung zu verzichten, doch das Problem der individuellen prognostischen Qualität genetischen Wissens bleibt. Die gesetzlichen Kassen, so Wiesing, können genetisches Wissen lediglich für die Gesundheitsvorsorge nutzen. Ihnen ist per Gesetz die Erhöhung der Beiträge

für Risikomitglieder untersagt, da sie auf dem Solidaritätsprinzip aller Mitglieder und nicht auf Risikogruppen beruhen. Sie vertreten den Standpunkt, dass eine Risikoprüfung – gegebenenfalls auch mit Hilfe genetischer Tests – nicht zwangsläufig eine Diskriminierung bedeuten muss. Trotzdem wol-

„Das Geschäft der Versicherungen ist das Abdecken von Unsicherheiten, nicht von Gewissheiten.“

Urban Wiesing

len die privaten Krankenversicherer zunächst auf die Offenlegung genetischer Tests verzichten.

Moratorium ohne Bindung

Anders ist dagegen die Situation der privaten Krankenversicherer. Sie hoffen, dass durch das selbstauferlegte Moratorium „ein gesetzliches Verwertungsverbot entbehrlich“ wird, damit alle Beteiligten „in Ruhe Erfahrungen auf diesem Gebiet“ sammeln können. Doch welche Konsequenzen werden diese Erfahrungen einmal haben? Zwar könnte die Offenlegung bereits durch-

geführter Tests nach der Logik der privaten Krankenversicherer sehr wohl dazu führen, dass einige Bewerber als nicht versicherbar gelten. Bewerber vor Vertragsabschluß aber zu einem Gtentest zu zwingen, könnte auch aus Sicht der Versicherer keine attraktive Option sein, so Urban Wiesing. Der Zwang zur Gewissheit widerstrebe den genuinen Interessen einer Versicherung, deren Geschäft es sei, eine ungewisse Zukunft zu versichern.

Harold Engel, Leiter des Ressorts Grundsatz/Recht bei der AOK Bayern, beurteilt das ganz anders. Der ökonomische Sachverständige begründet geradezu das Interesse der privaten Versicherer an Gentests, um die Prämien stabil zu halten. Zwar ist Engel davon überzeugt, dass die Erkenntnisse der Gentechnik in nächster Zukunft nicht die Sozialsysteme umkrempeln werden, doch äußerte er größte Bedenken, was die Bindung an ein deutsches Moratorium angesichts eines europäisch vernetzten Versicherungsmarktes bedeute.

Die generelle Nutzung des genetischen Wissens gesetzlich zu verbieten, darin stimmen Medizinethiker Wiesing und AOK-Mann Engel überein, sei juristisch bedenklich. Statt dessen sollte man die Folgen des versicherungsrelevanten Wissens in einem erträglichen Rahmen halten.

Probleme mit Gendatenbanken

Ganz andere Probleme stellen sich bei dem Einsatz genetischer Tests in der polizeilichen Ermittlungsarbeit. Dort ist man nicht interessiert an individuellen Erkrankungsrisiken, sondern an der zweifellosen Identifizierung durch DNA-Spuren. Dass solche Spuren am Tatort gefunden werden, versicherte Eva Schichl vom Bayerischen Landeskriminalamt, deute zunächst nur darauf hin, dass die betreffende Person sich dort aufgehalten habe und sei

keinesfalls ausreichend für eine Überführung als Täter. Immer wieder führt die neue Technik erst nach Jahren zweifelsfrei zur Aufklärung eines Verbrechens, und oft handelt es sich dabei um Wiederholungstaten. Hätten diese vielleicht verhindert werden können, wenn genetische Daten umfassend und zentral in einer Gendatenbank gespeichert würden? Kriminaloberärztin Schichl ist davon überzeugt und fordert, die Entnahme von Speichelproben zur DNA-Analyse standardmäßig in die erkennungsdienstliche Behandlung aufzunehmen. Rechtlich bestünde dann zwischen dem genetischen und einem echten Fingerabdruck kein Unterschied mehr. Missbrauch befürchtet Schichl nicht, denn die Daten seien anonymisiert und im Labor keiner konkreten Person zuzuschreiben. Derzeit würden ohnehin nur die Daten von Tätern, die schwere Verbrechen begangen haben oder bei denen Wiederholungsgefahr drohe, dauerhaft gespei-



Der oberste bayerische Datenschützer Reinhard Vetter fordert umfassende Regelungen.

Fotos: Pötzl

chert. Rund ein Fünftel der Datensätze der Datei im Bundeskriminalamt stammten aus Bayern, wo die Einverständniserklärung der überprüften Person zur Entnahme einer Speichelprobe ausreicht – anders als in den übrigen Bundesländern, in denen ein richterlicher Beschluss vorliegen muss. Kein Problem, möchte man meinen. Denn wer nichts zu verbergen hat, der braucht einen Test ja nicht zu fürchten – oder?

Der bayerische Datenschutzbeauftragte Reinhard Vetter sieht dies mit großem Argwohn und beurteilt den Weg der Staatsregierung kritisch. Die Strafprozessordnung sehe nicht ohne Grund die richterliche Zustimmung für genetische Untersuchungen vor, die ja einen schweren Eingriff in die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte darstellten. Vetter und seine Kollegen aus Bund und Ländern fordern deshalb schon seit längerem, dass der Gesetzgeber genetische Untersuchungen am Menschen



Eva Schichl vom Landeskriminalamt: „Juristische Spitzfindigkeiten behindern die Ermittlungsarbeit vor Ort.“

umfassend regeln solle. Von besonderer Bedeutung, so Vetter, seien dabei das Informations- und das Entscheidungsrecht der Person, deren genetische Daten eingefordert würden. Deshalb möchten die Datenschützer auch im Strafgesetzbuch eine grundlegende

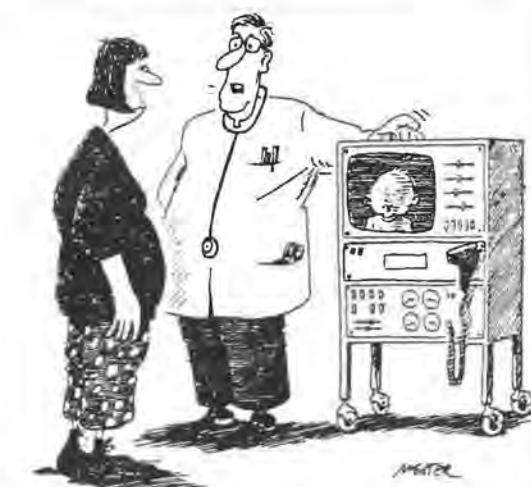
Strafnorm, um Gentests ohne gesetzliche Ermächtigung oder ohne die grundsätzliche, nur für Zwecke der medizinischen Behandlung oder Forschung wirksame Einwilligung der betroffenen Person zu unterbinden.

Löchrige Regelungen

Damit spricht er Christa Sonnenfeld vom Komitee für Grundrechte und Demokratie aus dem Herzen. Sie beobachtet bei Arbeitgebern und Berufsge nossenschaften die zunehmende Tendenz, Vorteile aufgrund genetischen Wissens zu erlangen. Die derzeitige Gesetzeslage über die Anwendung genetischer Tests sei sehr löchrig. Diese Rechtsunsicherheit führe leicht zu Machtmissbrauch, befürchtet Sonnenfeld. Schon heute würden vor allem in der chemischen Industrie genetische Untersuchungen an Mitarbeitern durchgeführt, ohne dass der Verbleib und die Verwendung der Ergebnisse immer klar sei. Den Zweck dieser Untersuchungen sieht Sonnenfeld in erster Linie darin, die Anerkennungsquote von Berufsunfähigkeit zu senken und das Risiko für Anfälle gegenüber Emissionen herauszufinden. Statt Risikofaktoren im betrieblichen Ablauf zu minimieren, sehe man Arbeitnehmer zunehmend als Risikopersonen. Die Humanisierung der Arbeit als Ideal der 1970er und 80er Jahre spiele heute keine Rolle mehr, bedauerte Sonnenfeld.

Genetisch gewonnenes Wissen kann – so vielfältig die Methoden, Zwecke und Anwendungsbereiche genetischer Tests auch sind – offenbar nicht wie anderes Wissen behandelt werden. Vor allem wegen der Kombination aus individuellen und vorhersagenden Eigenschaften wirkt genetisches Wissen auf viele Menschen bedrohlich – noch dazu, wenn es in einigen Bereichen keine oder nur unklare gesetzliche Regelungen gibt. ■

Miriam Wolf



„So ungefähr wird Ihr Baby aussehen... Möchten Sie's haben?“

Zeichnung: Mester



Foto: ms

Möchten Sie hier wohnen?

Für erfahrene Besucher unserer Akademie ist dies sicher ein ungewohnter Anblick und der Wiedererkennungswert dürfte sich in Grenzen halten: es ist der Blick in den Flur unseres Gästehauses während des Umbaus in den vergangenen Monaten. Auflagen des Landratsamtes für einen verbesserten Brandschutz zwangen uns zu einer totalen Schließung aller Zimmer. Der Seminarbetrieb war deswegen seit April stark reduziert und unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer mussten Absagen, Verlegungen und auswärtige Unterbringung in Hotels in Kauf nehmen. Voraussichtlich Ende Juli können wir unseren normalen Tagungsbetrieb mit fast der früheren Zimmer- und Bettenzahl wieder beginnen. Außer den Zimmern hat auch der Innenhof der Akademie eine gründliche, positive Veränderung erfahren. Die eigentliche Absicht, die Feuerwehrzufahrt zu verbreitern, wurde von den Architekten für eine ansprechende Neugestaltung des bisher eher unattraktiven Hofs genutzt: Jetzt gibt es Blumen und Sträucher, Sitzbänke und sogar ein Schachspiel mit Großfiguren. Botanischer Glanzpunkt der neuen Bepflanzung: die „Heinrichs-Eiche“, die der Akademiedirektor von den Beschäftigten zum 60. Geburtstag geschenkt bekam (siehe unten).

ms

Die „Heinrichs-Eiche“ ziert den neuen Innenhof

Das Präsent stammt zwar schon aus dem Herbst, in die Erde gelangte es aber erst jetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten ihrem Direktor zum 60. Geburtstag eine schon recht stattliche Säuleneiche geschenkt, die im Frühjahr an ihren Platz im neu gestalteten Innenhof der Akademie gepflanzt wurde. Der Beschenkte griff selbst zum Spaten, assistiert vom Personalratsvorsitzenden Michael Schröder (links). Nicht nur die Eiche wurde reichlich begossen: Heinrich Oberreuter bedankte sich bei der Belegschaft mit Flüssigem aus der Andechser Brauerei.

ms



Foto: Willenborg



Seit sich in Deutschland im Ergebnis der napoleonischen Herrschaft zu Beginn des 19. Jahrhunderts die doppelte Fragestellung nach nationaler Einheit und einem freiheitlichen politischen Leben ergeben hat, wurden auf breiter Grundlage vor den Ereignissen von 1989 dreimal revolutionäre Anläufe unternommen, um alte Fesseln zu sprengen und neues politisches Leben zu konstituieren:

Mit der Revolution von 1948/49, die die Paulskirchenverfassung mit Grundrechten für das deutsche Volk zustande brachte und am Ende dann doch scheiterte, mit dem Übergang zur Republik am 9. November 1918, der zunächst geglückt schien und sich spätestens mit dem Ende der Weimarer Republik knapp eineinhalb Jahrzehnte später doch als zu brüchig erwies, und schließlich mit dem Aufstand in der DDR am 16. und vor allem am 17. Juni 1953 wie, was im Westen lange nicht bekannt war, auch noch in der unmittelbaren Folge. Dieses Ereignis liegt im seit 1990 wiedervereinigten Deutschland nunmehr ein volles halbes Jahrhundert zurück.

Der Aufstand in Ostberlin und darüber hinaus vor allem in den mitteldeutschen Industrievierieren schien allerdings schon nach wenigen Stunden an sein Ende gelangt zu sein, als sich die nach Verhängung des Ausnahmezustandes von der sowjetischen Besat-

Zur Diskussion gestellt

17. Juni 1953

Der Aufstand für die Demokratie

Hrsg.: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München, Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Koordination: Jürgen Maruhn

München 2003, 149 S. (kostenlos erhältlich bei der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München)

Die Autoren:

Dr. phil. Torsten Diedrich
Prof. Dr. phil. Bernd Faulenbach
Dr. phil. h.c. Karl Wilhelm Fricke
Dipl.-Volksw. Jürgen Maruhn
Prof. Dr. phil. Werner Müller
Dr. phil. Ehrhart Neubert
Dr. phil. h.c. Manfred Rexin
Fritz Schenk
Tobias Voigt, M.A.
Prof. Dr. rer.pol. Manfred Wilke

zungsmacht getroffenen militärischen Maßnahmen auszuwirken begannen. Alles in den Berichten der westlichen Wochenschauen so eindrucksvoll anmutende Einschlägen mit Prügeln und Eisenstangen auf sowjetische T 34-Panzer im Zentrum Berlins konnte daran nichts ändern. Ins Gedächtnis eingebettet hat sich der ins Bild gesetzte Versuch, Tanks mit Pflastersteinen zu stoppen. Doch sollten von nun an gerechnet noch 36 Jahre vergehen, also mehr als der Zeitraum einer Generation, bis die zweite totalitäre Diktatur auf deutschem Boden während des 20. Jahrhunderts unterging und die beiden zentralen Postulate nach nationaler Einheit und Freiheit, die auch in dieser Situation in einer engen Beziehung zueinander gestanden hatten, endgültig verwirklicht werden konnten.

Der Tagungsband geht auf ein Symposium der Akademie für Politische Bildung im Herbst 2002 zusammen mit der Vereinigung „Gegen Vergessen – für Demokratie“ und der Stiftung „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ zurück. Dabei wurde für die Veröffentlichung der Vortrags- und Workshop-Charakter vielfach beibehalten, so dass es kompositorisch zwischen den einzelnen Beiträgen auch deutliche Unterschiede gibt. Gerade im Blick auf den Zeitzeugen-Bezug mancher Referate scheint den Herausgebern dieser Umstand nicht ohne Reiz.

Staatlichkeit im Wandel Bd. 3:
Thomas Schölderle
Das Prinzip der Macht
Neuzeitliches Politik- und Staatsdenken
bei Thomas Hobbes und Niccolò Machiavelli
Hrsg.: Rüdiger Voigt, München
Galda + Wilch Verlag, Glienicker / Berlin -
Cambridge / Massachusetts 2002
200 S., Euro 50,00
ISBN 3-931397-44-0

Machiavelli und Hobbes sind die beiden wohl schillerndsten Figuren der politischen Ideengeschichte beim Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Bedeutende Modernitätssignaturen gehen vom Werk des florentinischen Humanisten aus, die Neubegründung der politischen Philosophie der Moderne aber ist das Werk des Engländer Thomas Hobbes. Zugleich taucht bei beiden in radikal verändertem Verständnis ein Prinzip auf, das – zerstörend und strukturbildend – als das Merkmal der beginnenden politischen Theorie der Neuzeit schlechthin gelten kann: das Prinzip der Macht. In beiden Fällen zählt es zur Kernarchitektur ihres Denkens und hat mit den hergebrachten Geltungsbeziehungen und traditionellen Normierungen nichts mehr gemein: Machiavelli gebührt gewissermaßen die „Ehre“, den autonomen Charakter der Macht in der politischen Realität ausgesprochen zu haben. Und Hobbes, dessen individualistische und vertragstheoretische Staatslegitimation bis heute das wesentliche Modell geblieben ist, hat in seinem Machtkonzept schließlich das spezifisch neuzeitliche Welt- und Selbstverständnis umrissen.

Thomas Schölderle – Dipl. sc. Pol. Univ., studierte Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politischer Theorie an der Hochschule für Politik in München. Er arbeitet in der Bibliothek der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und beschäftigt sich seit Juli 2001 im Rahmen eines Dissertationsprojekts mit dem Verhältnis von Rationalismus und Utopie bei Hobbes und Thomas Morus. Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine überarbeitete und erweiterte Fassung seiner Diplomarbeit.



Die vorliegende Arbeit versucht in fünf Schritten diesen Zusammenhängen nachzuspüren: Zunächst wird eine kurze Skizze des Machtbegriffes – systematisch wie historisch – entworfen und zwei grundlegende Fragen für das Konzept der Studie reflektiert: zum einen, was die Rede vom „Prinzip der Macht“ bei Hobbes und Machiavelli überhaupt rechtfertigt; zum anderen, in welchem Zusammenhang das Machtprinzip mit der Herausbildung des modernen Staates steht. Anschließend werden die Machtperzeptionen der beiden Denker jeweils in zwei Einzeldarstellungen rekonstruiert. Das vierte Kapitel geht schließlich in vergleichender Perspektive insbesondere den spezifisch-neuzeitlichen Weichenstellungen nach, ehe ein abschließendes Resümee den inhaltlichen Ertrag der Untersuchung mit drei Thesen festzuhalten versucht: (1.) Macht als elementarer Kern des modernen Politik- und Staatsdenkens. (2.) die Relativierung der bis dato vielleicht fundamentalsten Frage der politischen Theorie, der Unterscheidung von guter und schlechter, von gerechter und ungerechter Herrschaft, sprich die Blindheit gegenüber dem Tyrannis-Problem, und (3.) die grundlegende Differenz der beiden Machtdenker hinsichtlich der angewandten Methode.

Dieter Winkler in:
Forum Politik-Unterricht 1/03:

Clemens Vollnhaus/Jürgen Weber (Hg.):
Der Schein der Normalität.
Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur
Olzog Verlag, München 2002, 456 Seiten, 19,50 Euro

Zwölf sehr unterschiedliche Autoren haben sehr Unterschiedliches zu o.g. Thema geschrieben. ... Nach den Herausgebern ist die „Verfügungsgewalt über die Gesamtheit der Lebenschancen des Einzelnen... das innere Band, das die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes miteinander verbindet“ (S. 14). Der Außenstehende kann in dem Buch Aussagen finden, die für ein wahrheitsgetreues Bild der DDR gewichtig sind:

- Es gab den DDR-Alltag nicht.
- Die westdeutsche Politik, die auf „Wandel durch Annäherung“ bzw. die internationale Anerkennung der DDR gesetzt hatte, schuf Bedingungen, von denen sowohl die „Ausreiser“ als auch die in den 80er Jahren entstandenen Oppositionsgruppen profitierten.
- Das Ende der DDR wurde vor allem von Menschen in die Wege geleitet, die sich nach ihren damaligen Äußerungen einen besseren Sozialismus als den in der DDR praktizierten zutrauten; die DDR-Oppositionellen waren jedoch nicht selten, etwa beim Umweltschutz, gesetzestreuer als das Establishment.
- Es hatte sich neben der Machthierarchie eine zweite „herrschende Klasse“ herausgebildet, aus denjenigen, die knappe Konsumgüter und Dienstleistungen zu vergeben hatten.
- In einigen Fällen wurden Menschen tatsächlich vom MfS als IM geführt, obwohl sie nie IM gewesen waren.

Der Beitrag des Zwickauer Pfarrers Käbisch macht deutlich, dass der SED-Staat nicht nur am Mangel an hochwertigen Konsumgütern zugrunde ging, sondern ebenso an dem für die späte Honeckerführung kennzeichnenden Mangel an Visionen. Visionen besaß in der ausgehenden DDR nur noch die Opposition.

Nicht im Widerspruch zu dieser Aussage darf die Feststellung stehen, dass in der DDR ein eigenständiges Wertesystem entstanden war, in dem die „von oben“ gepredigten Werte aufgenommen und so verarbeitet wurden, dass sie sich sowohl gegen „die da oben“ wenden als auch deren Herrschaft überdauern konnten. Das bekannteste Beispiel der „Gleichheit“: Die SED-Diktatur zerbrach im Herbst 1989 endgültig, als das Volk erfuhr, dass die Honeckers Wein getrunken hatten, wo sie von Wasser gesprochen hatten. Aber die Utopie von möglichst gleichen Lebenschancen prägt das ostdeutsche Lebensgefühl bis heute.

Das Buch ruft freilich auch Widerspruch hervor. Da ist zuerst der Totalitarismus. Die „prinzipiell unbegrenzte Reichweite der Entscheidungen des politischen Systems“ (S. 13) konnte und wollte zuletzt gar nicht mehr verhindern, dass die meisten DDR-Bürger die Funkmedien des „Gegners“ mehr rezipierten als die des eigenen Staates. Interessanter als ein Disput, nach welcher Definition die DDR ein totalitärer Staat war oder vielleicht auch nicht, wären Untersuchungen, warum die nach dem Mauerbau hergestellten Fernseher ohne „Westkanäle“ so rasch wieder aus dem Warenangebot verschwanden, oder wären Forschungen, wie Berufsgruppen, denen die Kenntnisnahme der Westfunkmedien untersagt war, an dieses Verbot sich auch hielten.

Mein zweiter Einwand: Wenn schon Totalitarismus, dann hätte zumindest ein Beitrag davon erzählen müssen, wie die SED selbst, die „führende Kraft“, im Alltag präsent war: über ihre (Betriebs...) Parteiorganisationen, ihren Apparat, die Abgesandten ihrer wissenschaftlichen Einrichtungen und die von ihr „angeleiteten“ Propagandainstitutionen. Herrschaft wird auch im vorliegenden Band wieder vorrangig auf die Stasi und deren Tätigkeit reduziert. Zwar hatte das MfS mit zunehmender Lebensdauer der DDR seine Fangarme immer weiter in den DDR-Alltag hinein ausgestreckt, aber der DDR-Alltag fand zuerst einmal statt mit dem Wissen um die überall präsente SED, und dann erst mit einem mehr oder minder vorhandenen Wissen um das Wirken der Krake aus dem Hintergrund. Eine Darstellung von DDR-Alltag ohne diese Brüche bleibt leider eindimensional.

Ein dritter Einwand: Der DDR-Alltag reproduzierte sich nicht aus sich selbst. Da waren die Einflüsse aus vorangegangenen Gesellschaften und unübersehbar die aus dem „Westen“. In der Mode wie im Vokabular, in der Architektur, selbst in der Gesellschaftswissenschaft, aber auch in den Künsten und den Umgangsformen wirkte – in der Regel zeitversetzt – der „Westen“ in die DDR hinein. Wie er sich da und dort durchsetzte, gegen welche Widerstände, mit welchen Argumenten, gefördert durch welche Entscheidungsträger, wie die „Herrschaft“ auf diesem Feld gelegentlich gegen Windmühlenflügel kämpfte – ohne solch einen Beitrag bleiben alle Aussagen über Alltag und Herrschaft in der DDR höchst unvollständig.

Widersprechen möchte ich auch Stefan Wolles „Nirgendwo war der ‚neue Mensch‘ präzise definiert“ (S. 21): 1958, auf dem V. Parteitag der SED, hatte Walter Ulbricht für den ‚neuen Menschen‘ „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“ erfunden. ...

Norbert Podewin
(SED-Historiker) in:
Junge Welt (früher FDJ-Zeitung)
vom 3. 8. 2002:

Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hg.):
Der Schein der Normalität.
Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur
Olzog Verlag, München 2002, 456 Seiten, 19,50 Euro

Dauerauftrag

An der Delegitimierung der DDR wird eifrig weitergearbeitet

Wieder einmal haben sich Experten zusammen getan, um der DDR das Grab zu schaufeln. Der eine Herausgeber bezieht Salär als stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Dresden; sein Partner lehrt als Dozent der Akademie für Politische Bildung Tutzing im Stoiber-Land. Versammelt haben sie ein Dutzend Gleichgesinnter, um gemeinsam an der Umsetzung einer Vorgabe von oben zu arbeiten. „Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat“ – so der damalige Bundesjustizminister Klaus Kinkel beim 15. Deutschen Richtertag am 23. September 1991 in Köln. Aus dessen Sicht hatte die DDR „unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat (aufgebaut), der in weiten Bereichen genau so unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und – zu Recht – nie mehr wieder entstehen lassen wollte“.

Die Autoren, zumeist kurzzeitig als Bürgerrechtler in der „Wendezeit“ aktiv, sind allesamt „angekommen“ und malen als Zeitzeugen das gewünschte Bild vom Staat der allseitigen Repression. Stefan Wolle ahnt universelle „Sehnsucht nach der Diktatur?“ und setzt dagegen seine Erinnerung als Waffe: „Insgesamt aber lag über dem Land ein dichtes Netz von gegenseitiger Beaufsichtigung, Bevormundung und Kontrolle. Die Gesellschaft bewahrte ihre Mitglieder vor dem Abdriften ins soziale Abseits – im schlimmsten Fall griff die Psychiatrie –, aber sie hinderte sie auch am Ausbruch.“ Baldur Haase, im „Bund der Stalinistisch Verfolgten“ und ähnlich gelagerten Gremien führend, untersucht „Volkskunst und Stasi – am Beispiel des Bezirkes Gera“. Wortschöpferisch tätig präsentiert er den „alltäglichen Statismus“, der alle erfasste. Nachträglich setzt er die 1,5 Millionen DDR-Bürger, die sich ehrenamtlich in der Freizeit volkskünstlerisch betätigten, über die damit verbundenen Gefahren ins Bild. Wenig bekannt gewesen sei, „mit welchen Methoden, in welchem Umfang und mit welchen Ergebnissen der große Bereich der Freizeitkultur... wohl nahezu lückenlos mit Hilfe offizieller Kontaktpersonen und inoffizieller Mitarbeiter überwacht und im Zaum gehalten wurde“. Die „inoffizielle Kontakterson“ – mit Fußnote erläutert – ist erstmalig dingfest gemacht worden, gehörte

sie doch nicht zur „IM-Kategorie, nicht registriert, zumeist leitende Mitarbeiter von Betrieben und Einrichtungen, die von Mitarbeitern des MfS zu Vorkommnissen und Personen befragt wurden“ – Haase sei Dank! Doch wofür bekamen Gauck/Birthler bislang ihre Bezüge?

Ines Geipel, einst Mitglied der DDR-Leichtathletik-Nationalmannschaft, seit 1996 „freie Schriftstellerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut“, diffamiert ein weiteres Mal „Das „Sportwunder“ DDR“. Das geht in einem Satz. Doping war fast alles.

Joachim Walther schließlich, Literaturwissenschaftler dank Humboldt-Universität und Lektor im Buchverlag „Der Morgen“ hat außer einem bescheidenen Verzeichnis eigener Werke das Arbeitsdauerprojekt „Archiv unterdrückter Literatur in der DDR“ vorzuzeigen. Er vergleicht in der Doppelfunktion von „Opfer“ und Sachkenner zwei Schriftstellerexistenzen: Erich Loest und Hermann Kant. Die Titel: „Es geht seinen Gang der Mühen in unserer Ebene“ sowie „Die Aula“. Gutachten Nummer eins: „Loests grandioser, realistischer Roman erschien nach vieler Hin und Her im Vorfeld der Zensur 1978 in limitierter Auflage... Der Roman gehört zu den präzisesten Schilderungen des DDR-Alltags, sowohl im Detail als auch in der geschilderten Gesamtatmosphäre.“ Gutachten Nummer zwei: „Kants „Aula“ gehört zu den verlogensten Blichern des sogenannten sozialistischen Realismus... Die Historie des gewöhnlichen Stalinismus mutiert mittels anekdotischer Verniedlichung und arabesker Übermalung zu launigen Histörchen... So mit diente das Buch der staatstragenden Ideologie, indem es die Legende vom guten Anfang der DDR literarisierte.“ Das Lesepublikum hat den Fall bereits millionenfach zugunsten von Kant entschieden.

Vom Erfolg ihres Opus scheinen die Herausgeber nicht besonders überzeugt zu sein. Jedenfalls stellen sie resigniert fest: „Es verklärt sich, was sich positiv interpretieren lässt, und es verblasst das Erbärmliche.“ Ihre „fachgerechte“ Umschreibung ostdeutscher Lebensläufe wird nicht der letzte Versuch gewesen sein. Die „Forscher“ gemäß Kinkels Auftrag müssen trotz knapper Kassen nicht beim Arbeitsamt vorstellig werden. ■

Raimund Meisenberger in PASSAUER NEUE PRESSE vom 23. Juni 2003:

„Ist Italien noch ein Rechtsstaat?“

Korruptionsskandale, ein sagenhafter Verschleiß von Regierungen, ein Ministerpräsident, dessen Führungsstil in den deutschen Medien gern als „autotitar“ bezeichnet wird – Zündstoff war genug vorhanden für den 6. Passauer Tetrilog, der gestern an der Universität Passau stattgefunden hat. „Italien in Europa“ war dieses Jahr das Thema der renommierten politischen Podiumsdiskussion der Festspiele Europäische Wochen in Zusammenarbeit mit der Tutzinger Akademie für Politische Bildung. Die vier Diskutanten lieferten sich eine spannende, unterhaltsame Debatte, inhaltlich aber herrschte eine geradezu erstaunliche Einigkeit. „Historisch ist mit diesem Land also alles bestens“, fasste Moderator Heinrich Oberreuter, Leiter der Tutzinger Akademie und Ordinarius für Politikwissenschaft an der Uni Passau, in gewohnt kritisch-ironischer Manier zusammen, nachdem der Historiker Prof. Rudolf Lill den politisch-kulturellen Einfluss Italiens auf Europa gewürdigt hatte. „Nicht nur früher, auch heute ist alles in Ordnung“, fügte Oberreuter wenig später an. Der Kommentar galt Dr. Luigi Vittorio Graf Ferraris, ehemals italienischer Botschafter in Bonn. „Wir müssen Kritik austauschen ohne Vorurteile“, sagte Ferraris mit Blick auf das derzeitige negative Italienbild in der deutschen Öffentlichkeit. Italien sei noch immer eine feste Demokratie mit einer kontinuierlichen Außenpolitik. Ministerpräsident Silvio Berlusconi habe nach der „Zerstörung der politischen Klasse“ durch den Korruptionsskandal auch vom Mangel an

politischem Personal profitiert. Auch Rudolf Lill warnte vor „Dämonisierung“ und einer „ideologischen Debatte“.



Reinhold Bocklet: „Der Europäische Gerichtshof verurteilte mehrmals die jahrelange Dauer von Gerichtsverfahren in Italien.“

Foto: ms



Rudolf Lill (links) und Graf Ferraris: Warnung vor Dämonisierung und Vorurteilen



Fotos: Jäger

„Deutschland regt sich gerne auf, aber es regt sich nicht gerne ernst auf“, sagte Dr. Heinz-Joachim Fischer, Italien-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Bei der hiesigen Italien-Debatte werde übersehen, dass Berlusconi demokratisch gewählt und legitimiert sei. Darüber hinaus reagie-

re die Bevölkerung selbst sehr gelassen bis gleichgültig auf die Vorwürfe gegen Mitglieder der Regierung. Deutschland könne sich etwa bei der Rückführung von Auslandskapital ein Beispiel an Italien nehmen: „Wenn die Regierung sagt: Wir schauen ein Jahr lang mal nicht so genau hin, dann wären alle Probleme in der deutschen Wirtschaft gelöst – zumindest verbessert.“

„Italien ist sehr wohl in einer durchaus guten Verfassung“, sagte Reinhold Bocklet (CSU), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten im bayrischen Kabinett, der die Debatte zeitweise für eine ausgiebige Rot-Grün-Schelte und die Darlegung parteipolitischer Standpunkte nutzte. Bocklet wies aber auch darauf hin, dass Italien schon mehrmals wegen der jahrelangen Dauer von Gerichtsverfahren vom Europäischen Gerichtshof verurteilt worden ist. Wie Oberreuter anmerkte, man könne durchaus diskutieren: „Ist Italien noch ein Rechtsstaat?“ Schließlich müssten in einem solchen auch Prozesse in angemessener Zeit geführt werden.

In der Tat fehlte aber ein scharfer Kritiker der italienischen Verhältnisse auf dem Podium. So wurde – angestoßen von Minister Bocklet – mehr über Sinn und Möglichkeit eines EU-Beitritts der Türkei diskutiert als darüber, ob und inwiefern Italien mit seiner derzeitigen Regierung und seiner derzeitigen Praxis der Rechtspflege nicht ebenso ein gewisses Problem für die europäische Integration darstellen könnte. Das Podium zog es vor, diese Fragen nicht weiter zu diskutieren.

Alice Natter in der MAIN-POST, Würzburg, vom 2. Juni 2003:

Wenn Kameras Realität vorgaukeln

„Infotainment“, sagt Ulrich Meyer, „ist die Verpackung von Information so, dass Leute hinsehen“. Bei einer Tagung in Würzburg diskutierte der Mann von „Akte 03“ mit Agnes Ostop von RTL über Realität und Inszenierung im kommerziellen Fernsehen. Meyers zentraler Satz: „Es geht um Geld – Punkt.“

Dienstag, 22.15 Uhr, Sat.1. Bester Sendeplatz für Infotainment, sagt Ulrich Meyer. Seine „Akte 03“ ist ein Paradebeispiel für „unterhaltsame Information“ im deutschen Fernsehen. Ein Reportermagazin, das zeigt, „was die Zuschauer interessiert“. Ansonsten, sagt der Macher Meyer, „wird der Film nicht gemacht.“ Die Sendung produziert Meyer in seiner eigenen Firma – und wenn die Quote nicht stimmt, „sagt Sat1 tschüss“...

„Im Alltag meines Berufes spielt es keine Rolle, warum die Menschen gucken“, sagt Meyer.

Agnes Ostop, die Leiterin der Abteilung Infotainment bei RTL, wendet sich gegen das Wort glotzen: „Wir sind alle Gaffer und Glotzer.“ Für sie haben die Reportagen, Doku-Formate sehr viel mit Wahrnehmung von Gefühlen und Sorgen zu tun: „Empathie mit anderen, das ist nicht Glotzen.“ Die Tagungsteilnehmer – viele von ihnen Pädagogen – runzelten da die Stirn. Ostop schränkte ein: „Der Reporter hat diese Empathie nicht.“

Das harte, blutige Bild sei out, sagt die Frau aus Köln. Polizei- und Feuerwehr-Reportagen, die überall draufhalten und Helfer behindern, hätten ihren Höhepunkt vor neun, zehn Jahren bereits gehabt. „Die Zuschauer



Agnes Ostop: „Statt Katastrophen-Stories und blutigen Reportagen sind jetzt Beziehungs geschichten gefragt.“



Ulrich Meyer: „Wenn die Quote nicht stimmt, sagt Sat1 tschüss...“

Fotos: Mitterwieser

wollen das nicht mehr sehen.“ Statt Katastrophen-Stories und blutigen Reportagen sind jetzt Beziehungs geschichten gefragt.

Für RTL ist Reality-Fernsehen sowie so ein weites Feld. „Big Brother“ gehört für Agnes Ostop dazu, „Deutschland sucht den Superstar“ auch. „Weil es mit echten Menschen zu tun hat, die irgend etwas machen.“ Im engeren Sinne zählt für sie nur noch eine Sendung zu den wirklichen Reality-Formaten: der „Notruf“, der seit elf Jahren läuft. Alles andere – Doku Soaps und Doku-Dramen – ist inszeniert, dramaturgisch aufgearbeitet. Sprich: Die Geschichten sind erfunden. Die Folge: „Mittlerweile weiß der Zuschauer nicht mehr, was journalistische Arbeit ist und was nur so aussieht.“

Für eine „Revolution“ hält die Frau aus Köln die Anwalts- und Detektiv-Soap „Lenßen und Partner“ auf Konkurrenz-Sender Sat.1. Die Sendung gibt vor, völlig real und dokumentarisch zu sein und ist – altmodisch ausgedrückt – nichts anderes als ein Fernsehspiel.

Die Geschichten von „Akte 03“, sagt Produzent Meyer, seien „völlig sauber“. Sein Anspruch an die Beiträge: „Am Ende muss immer eine Form von Erkenntnisgewinn stehen.“ Und gleich, ob Gerichts-Show oder Doku-Drama: „Ich muss die Realität komprimieren.“ Eine Verantwortung für das „Gewöhnen an das Entsetzen“ lehnen die beiden Medienprofis der Privaten ab. „Jeder hat es in der Hand, was er guckt.“

Rainer Maier schrieb in der FRANKENPOST vom 16. Juni 2003 über die Gedenkveranstaltung zum 17. Juni 1953 in Hof:

Panzerketten zermalmen die Rufe nach Freiheit

Zeitzeugen berichten in Hof von ihren Erlebnissen am 17. Juni 1953:
„Dieser Tag lässt einen nicht los, auch wenn man damals noch ein Kind war“

Vor rund dreißig Pädagogen aus Sachsen und Bayern haben Zeitzeugen des 17. Juni 1953 ihre Erlebnisse während des Volksaufstandes in der DDR geschildert. Das zweitägige Begegnungsseminar in Hof und Plauen wurde von der Akademie für politische Bildung in Tutzing und der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden organisiert.

Es schien ein ganz normaler Mittwoch im Frühsommer zu sein, Datum: 17. Juni 1953, als ein paar Oberschüler der 10. Klasse, den lästigen Schulvormittag hinter sich gebracht habend, durch den Dresdener Stadtteil Gruna radelten. Ihr Ziel lag jenseits der Loschwitzer Elbbrücke, wo sie sich mit Schülerrinnen der 9. Klasse verabredet hatten. Das Ziel wurde an jenem Tage nicht erreicht und die keineswegs unattraktive Verabredung schlicht vergessen. Die Jugendlichen waren auf eine höchst erstaunliche, ihnen bis dahin unbekannte Erscheinung gestoßen: ein offensichtlich frei improvisierter Demonstrationszug, der nicht „von oben“ veranlasst war. Es waren Arbeiter, die schon ein langes Wegstück vom Sachsenwerk Niedersedlitz hinter sich hatten und nun in Richtung Stadtzentrum marschierten. Stimmgewaltige Sprechchöre riefen im Turnus wiederkehrende Parolen: „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille.“ „Von Ulbricht, Pieck und Grotewohl haben wir die Schnauze voll.“ „Wir fordern freie Wahlen und Rücktritt der Regierung.“

So erinnert sich Jürgen Maruhn aus München, damals, 1953, Oberschüler in Dresden, an den Volksaufstand in der DDR. Gemeinsam mit seinen Schulkameraden reihte er sich neugierig in den Demonstrationszug ein, erlebte, wie in der Ernst-Thälmann-Allee die Bauarbeiter von den Gerüsten



Jürgen Maruhn: „Es war offenkundig: Die Existenz des DDR-Regimes beruhte nicht auf Akzeptanz, sondern auf der Präsenz der sowjetischen Militärmacht.“

Fotos: Maier

stiegen und mitzogen bis ins Stadtzentrum. „Man hatte den Eindruck: Das Regime ist bereits weg“, erzählt Maruhn. „Die kleinen SED-Leute ließen ihren ‚Bonbon‘, das Parteiaabzeichen am Revers, schnell in der Jackettasche verschwinden. Die Parteiführung hatte sich bei den Russen versteckt. Den Ton gaben jetzt die Vertreter der klassischen demokratischen Arbeiterschaft an.“

Doch dann kamen die Panzer. „Drohend kamen sie in die Stadt. Riesig, wie Utiere. Truppen riegelten die Plätze ab, die Massen wurden aufgeteilt.“ Später fielen auch Schüsse. Und es floss Blut. Der Oberschüler Maruhn kam ungeschoren davon, bleich und schockiert darüber, „wie diese ungeheure Übermacht die Massen von Unbewaffneten zur Räson gebracht hatte“.

Die Zeitzeugen, die vor den in der Hofer Beamtenfachhochschule versammelten Pädagogen aus Sachsen und Bayern ihre Erlebnisse in jenen Juni-Tagen schildern, sind sich einig: Der Aufstand wuchs spontan aus dem Volk. Auf der Gegenseite stand die sowjetische Besatzungsmacht, während eine schwächliche SED-Führung beim Hohen Kommissar der UdSSR in Berlin, Wladimir S. Semjonow, unter die Decke krabbelte, um den Ausgang abzuwarten. Maruhn: „Es war offenkundig: Die Existenz des DDR-Regimes beruhte nicht auf Akzeptanz, sondern auf der Präsenz der sowjetischen Militärmacht.“ Und: „Nach dem 17. Juni war uns klar: Deutschland bleibt geteilt - und wird immer geteilter.“

Auch die deutsche Einheit hatten sich die Demonstranten auf ihre Fahnen geschrieben. Mit der blutigen Niederschlagung des Aufstands war dieses Ziel weiter denn je in die Ferne gerückt. Es sollte noch 36 Jahre dauern, bis das sozialistische Regime stürzte. Horst Mende, ein gebürtiger Leipziger, der heute in Bayreuth lebt, saß am 17. Juni bereits im Gefängnis. Der Mitarbeiter der DEFA-Wochenschau hatte Unrechtstaten des Regimes in den Westen gemeldet - und war aufgeflogen: 15 Jahre Zuchthaus waren die Quittung. „Da bin ich noch glimpflich weggekommen“, sagt Mende heute.

Der 17. Juni hätte seinen Lebenslauf verändert können. „Als die Nachricht vom Aufstand kam, war im ganzen

Haus Totenstille. Die Schließer hatten sich im Keller versteckt und warteten ab.“ Doch Mende hatte nicht so viel Glück wie etwa die politischen Häftlinge in Görlitz. Dort wurde das Zuchthaus von Demonstranten gestürmt und die Einsitzenden frei gelassen. Viele von ihnen kamen davon, machten sofort rüber in den Westen. Doch der Befreiung von Horst Mende kamen die russischen Panzer zuvor: „Als das Kettengeräusch näher kam, war alle Hoffnung weg.“ Kurz darauf wurden Hunderte von neuen Gefangenen in ihre Zellen geprügelt oder mussten dicht an dicht auf den Gängen liegen. „Das waren die ‚X-er‘. Die trugen ein großes rotes X auf der Kleidung.“ Die DDR-Behörden hatten nämlich bereits Vorkehrungen getroffen für den Tag X, den – zumindest theoretisch für möglich gehaltenen – Beginn eines Volkswiderstands.

Doch vom tatsächlichen Aufstand, der mit den Bauarbeitern in der Berliner Stalin-Allee am 16. Juni begann und sich dann tags drauf über die ganze DDR, über 700 Städte und Ortschaften ausdehnte, waren die Partei-Bonzen doch überrascht worden. „Diese neue Klasse hatte so abgehoben, die wussten gar nicht mehr, was sich an der Basis abspielte“, erklärt Mende. „Es herrschte eine ungeheure Diskrepanz zwischen der grausamen Realität und dem abgehobenen Leben der Funktionäre.“

So hatte auch der „Neue Kurs“, der nach Stalins Tod am 5. März 1953 von der Sowjetunion auch in der DDR angeordnet wurde, die Arbeiter nicht überzeugt. Zwar gab die SED – erstmals – Fehler zu. Preise wurden gesenkt, Zwangsmaßnahmen ausgesetzt. Aber die Erhöhung der zu erfüllenden Arbeitsnormen blieb. Und dagegen richtete sich der Aufstand der Arbeiter zuallererst. Weitere politische Forderungen folgten: Freilassung politischer Gefangener, freie, geheime und direkte Wahlen – und: die Einheit Deutschlands.

Niederschlagung zementiert die deutsche Teilung

Rosemarie Hocke steuert aus dem Zuhörerraum ihre Geschichte bei. Sie hat den 17. Juni als Zwölfjährige in Görlitz erlebt. „Die Massen standen am Obermarkt, der SED-Bürgermeister war bereits abgesetzt und ein neuer gewählt (der gar nicht richtig wusste, wie



Rosemarie Hocke: „Der 17. Juni 1953 hat mein Leben entscheidend geprägt.“

ihm geschieht). Und dann haben alle schon die dritte Strophe des Deutschlandlieds gesungen.“ Auch hier hatten viele Menschen das Gefühl, die Revolution sei bereits gelungen. Bis um 18 Uhr der Ausnahmezustand verhängt und von russischen Panzern durchgesetzt wurde. „Da hat sich keiner mehr rausgetraut“, sagt Rosemarie Hocke. Die frühere Lehrerin weiter: „Dieser Tag kann einen nicht loslassen, auch wenn man damals noch ein Kind war. Der 17. Juni 1953 hat mein Leben entscheidend geprägt.“ Horst Mende stimmt zu: „Seitdem ist für mich, neben der Gesundheit, der Begriff der Freiheit das höchste Gut, das einem Menschen gegeben werden kann.“ Und Jürgen Maruhn resümiert: „Der Blick wurde frei auf die auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhende Monopolherrschaft der SED.“

Der Volksaufstand kostete vermutlich rund 120 Demonstranten das Leben. Mehrere hundert wurden verletzt, 13 000 Regime-Gegner wurden verhaftet, 1600 schließlich verurteilt, oft zu langen Haftstrafen. Die Sprechchöre „Berliner reiht euch ein, wir wollen freie Menschen sein“ wurden in der Hauptstadt der DDR ersticken vom Rasseln der Panzerketten von 600 sowjetischen T-34-Tanks. Der Westen schaute zu. Staunend. Und ängstlich. Denn der 17. Juni 1953, so befürchtete es der Hohe Kommissar der USA in Berlin, James B. Conant, hätte auch den Dritten Weltkrieg auslösen können.

So aber verfestigte der Ausgang des Aufstands die deutsche Zweistaatlichkeit und die Trennung der Welt in Ost und West. In der DDR lenkte die Propaganda die Erinnerung und machte aus den heißen Tagen im Juni eine vom Westen gelenkte faschistische Provokation. In der Bundesrepublik wurde das Gedenken in den letzten Jahren vor der Wende oft zur inhaltlosen Pflichtübung.

Nach fünfzig Jahren und in einem wieder vereinigten Deutschland gilt es nun, die „geteilte Erinnerung“ zu überwinden. So formulierte es der Berliner Historiker Professor Dr. Manfred Wilke. „Wir müssen uns derer erinnern, die damals aufgestanden sind. Derer, die getötet wurden; derer, die Jahrzehnte im Zuchthaus verbrachten und die geächtet gestorben sind.“

Mit schnell gedichteten Parolen und eilig handgemalten Transparenten wollten Hundertausende ihr Recht auf Freiheit einklagen. Ein spontaner demokratischer Aufstand, der an rigoros eingesetzter militärischer Gewalt zerschellte. So haben es die Zeitzeugen erlebt, die noch immer voller Bewunderung und Staunen von den Demonstranten erzählen. „Wir müssen“, fasste Professor Wilke zusammen, „diese Menschen zurückholen in das kollektive Gedächtnis. Diese späte Ehrung sind wir ihnen schuldig.“

Im Magazin „Markt und Medien“ des Deutschlandfunks (DLF) am 14. Dezember 2002 sprach der Ressortleiter Andreas Stopp in einem Interview über die Tagung „Die Welt als Wundertüte“ (Akademie-Report 1/03). Er selbst referierte während der Tagung.

Beißhemmungen sind nicht auszuschließen

DLF: Reisejournalisten unterstellen man gerne, Beruf und Vergnügen miteinander zu vermischen. Da nützt auch kein Protest – Recherche auf Tahiti ist garantiert schöner als im Stadtarchiv von Winsen an der Luhe. Vielleicht ist ja auch ein bisschen Neid mit im Spiel, wenn den Reisekollegen vorgehalten wird, zwischen PR und Journalismus nur schwer unterscheiden zu können. Doch wie ist es wirklich? Andreas Stopp, mit dem ich vor dieser Sendung gesprochen habe, war auch dabei und er erklärt noch ein bisschen genauer, warum gerade der Reisejournalismus im Zentrum dieser Veranstaltung stand:

Stopp: Wahrscheinlich weil es nicht gut steht um den Reisejournalismus. Die Reiseteile haben mit den Tageszeitungen und Wochenzeitungen eine hohe Auflage, aber offenbar eine relativ schlechte Quote. Ab und an wird wohl der Reiseteil mit den übrigen Prospekten und Beilagen schlicht und einfach in den Müll geworfen. Das zweite mag auch sein, dass innerhalb der professionellen Branche, also der Reisejournalisten selber, nicht alles zum Besten bestellt ist.

Diese Branche ist auch von der allgemeinen Medienflaute ergriffen?

Stopp: Ja, so ist es, wenngleich es ein interessantes Detail gibt. Das Anzeigenaufkommen geht allgemein zurück (im letzten Jahr um gut 12 Prozent). Nur die Ausnahme ist die: In den Reiseteilen wird weiterhin kräftig inseriert, da gibt es sogar – zumindest im Westen Deutschlands – eine leichte Steigerung um 0,1 bis 0,2 Prozent des Anzeigenaufkommens. Das bedeutet, dass mit den Reiseteilen die Verlage Geld verdienen. Damit werden aber

leider zur Unfreude der Reiseredakteure dort in den Blättern die anderen Ressorts quasi subventioniert und man gibt dem eigenen Reiseteil nicht genügend finanzielle Autonomie.

Ist es eine Art Dilemma? Auf der einen Seite hat die Redaktion kein Geld für Reisen, auf der anderen Seite lokken vielleicht Veranstalter mit bezahlten Reisen?

Stopp: Eine Dame, die eine PR-Agentur in München vertritt, hat mir gesagt, sie wäre selber erstaunt. 30 Prozent der Artikel, die sie in den Reiseteilen der deutschen Tageszeitungen liest, stammen fast 1:1 aus den Pressemitteilungen. Das wirft natürlich immer ein ganz schlechtes Licht auf die Art des Journalismus, der hier betrieben wird. Das geht sogar so weit, dass Redakteure offenbar ab und an anrufen bei PR-Betrieben und dann sagen „Schreib' mir doch mal was, wir haben noch so und so viel Spalten frei“. So geht es natürlich nicht und die Tagung hat versucht, andere Wege aufzuzeigen.

Welche Konsequenzen hat das für die Berichterstattung?

Stopp: Es muss nicht unbedingt ein journalistisch schlechter Beitrag dabei herauskommen, wenn die Reiseindustrie Hilfestellung gibt. Es gibt noch so etwas wie Ethik und Selbstkontrollmechanismen. Eine direkte Schleichwerbung können wir nicht feststellen. Aus PR-Sicht ist der Reisejournalist ein Werkzeug und er wird „gepampert“. Nicht „eingewickelt“ in dem Sinne, aber man versucht, ihm die Windeln zu wechseln, daher kommt so eine gewisse Sattheit. Der Kommunikationschef von TUI hat beklagt, dass es

sehr viele Scharlatane gebe, die unter der Flagge des Reisejournalismus segeln. Die machen keine guten Artikel, wobei „gut“ nicht misszuverstehen ist im Sinne von „positiv“ für das Produkt. In den Redaktionen werden oft Einladungen zu Pressereisen als „Belohnung“ weitergegeben an verdiente Mitarbeiter in ganz anderen Ressorts. Nach dem Motto: „Wollen wir dem mal was Gutes tun, soll der mal auf die Seychellen fahren. Aber der soll auch was mitbringen.“ Diese Produkte sind nicht gut, denn die Kompetenz liegt ganz klar in der Reiseredaktion.

Ich unterstelle einfach mal, dass Sie hier und da vielleicht auch schon mal eingeladen gewesen sind. Haben Sie schon mal eine Beißhemmung bei sich gespürt? Nach dem Motto: wenn einem so viel Gutes wird beschert, dann schreibt man nichts Schlechtes?

Stopp: Offenbar scheint es so zu sein, dass oft Journalisten eine Art vorweg genommenen Gehorsam an den Tag legen. Die Anbieter bezeichnen das gar nicht. Für die reicht es mitunter wirklich schon, dass das Zielgebiet in irgendeiner Form erwähnt wird. Die legen gar nicht so großen Wert darauf, dass da noch Hapag-Lloyd oder TUI wörtlich vorkommt. Es bleibt auf jeden Fall etwas hängen, dadurch dass eine Region oder eine Stadt im Gespräch ist durch die Medien. Dass es zu solchen Beißhemmungen kommt kann man nicht ausschließen. Aber der Großteil der Reisejournalisten ist doch sehr fair gegenüber sich selbst, dem Blatt, dem eigenen Sender. Das wissen wiederum die Anbieter und sie lassen diese Fairness auch zu. Die beschweren sich nicht darüber, dass einer mal etwas kritisiert hat. Es sei denn, einem Journalisten ist auf der Reise nichts gut genug. Die gibt es auch, die immer alles kritisieren, alles besser wissen und überall schon gewesen sind. Aber das sind die, die beim nächsten Mal dann „ausge-pampert“ werden.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

August

32-1 4. – 7. August

Aktuelle wirtschaftliche und sozialpolitische Herausforderungen

Ferienseminar 2

Leitung: Peter Hampe / Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

34-1 22. – 24. August

Deutschland in guter Verfassung? Zur Modernisierung des Bundesstaates

Kooperationstagung mit der Kurt-Schuhmacher-Gesellschaft e.V., Berlin

Leitung: Miriam Wolf / Annemarie Renger / Jürgen Maruhn

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

35-1 26. – 29. August

Globale Gerechtigkeit

Ferienseminar 3

Leitung: Miriam Wolf

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

September

36-1 1. – 4. September

Zukunft gestalten! Aktuelle Fragen der nationalen und internationalen Politik

Ferienseminar 4

Leitung: Michael Piazolo

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

37-3 1 1. – 13. September

Vielfalt als Ressource. „Managing Diversity“ – Chance für Unternehmen und Gesellschaft?

Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš, Tel. 08158/256-53

38-1 15. – 18. September

Möglichkeiten des stufenbezogenen Geschichtsunterrichts

im internationalen Vergleich – Erfahrungen und Visionen

In Zusammenarbeit mit der internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik

Leitung: Elisabeth Erdmann / Klaus Grosch

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

39-1* 22. – 26. September

Die EU vor neuen Herausforderungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Piazolo / Claudia Reichmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

39-2 24. – 27. September

Aktuelle Themen der Politischen Bildung

In Zusammenarbeit mit InWent: Internationales Bildungszentrum in Leipzig/Zschorlau

Leitung: Michael Schröder / Klaus Grosch

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

40-1 29. September – 1. Oktober

Australia – down under and back of beyond?

Politische Landeskunde für Englischlehrkräfte an städtischen Gymnasien in München

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Klaus Grosch / Hans-Jörg Prebeck

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Oktober

40-3* 2. – 5. Oktober

Teacher Academy: U.S. History and Politics and Visual Culture

Kooperationstagung mit dem Amerikanischen Generalkonsulat München und der Universität Regensburg

Leitung: Miriam Wolf / Martina Kohl / Udo Hebel

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

41-1* 6. – 10. Oktober

Sicherheit und Modernisierung durch Integration: Südosteuropa und die Europäische Union

42. Internationale Hochschulwoche mit der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

41-2 10. – 11. Oktober

Politik ohne Kompetenz? Über die Grenzen politischer Gestaltung

Leitung: Michael Piazolo / Jürgen Weber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

42-1* 13. – 15. Oktober

Grundfragen der Staatsbürgerlichen Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke / Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

42-2 13. – 17. Oktober

Globalisierte Wirtschaft – lokale Schreibe

Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung

und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

42-3 17. – 18. Oktober

Die Demokratie – Funktion und Gefährdungen

Symposium zum Gedenken an Manfred Hättich

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

43-1* 20. – 24. Oktober

Wirtschafts- und Sozialpolitik aktuell

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe / Günter Grunick

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

43-2 20. – 23. Oktober

Gewalt und Toleranz innerhalb und zwischen Gesellschaften: Das Beispiel Nahost-Konflikt

Schülerforum zu aktuellen Fragen der Politik
Leitung: Manfred Schwarzmeier / Miriam Wolf
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

44-1* 27. – 29. Oktober

Die EU-Familie wird größer – Folgen der Osterweiterung

In Zusammenarbeit mit dem KdFB/Bayern
Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

November

45-2 3. – 7. November

Glaube – Kirchen – Religionen Neue Wege zu alten Themen

Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

45-3 3. – 5. November

„Illegal“ in Deutschland – Kommunen vor einem verdrängten Problem

Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

45-4 7. – 8. November

Neue Grenzen, alte Werte? Europa auf der Suche nach sich selbst

In Zusammenarbeit mit der Stadt Regensburg. Tagungsort: Salzstadel Regensburg
Leitung: Michael Piazolo / Miriam Wolf
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

46-1* 10. – 14. November

Ethik und Politik: Probleme der Bio- und Gentechnologie

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Miriam Wolf / Gottlieb Gaiser
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

46-2* 10. – 14. November

Schreibwerkstatt mit Lutz Rathenow

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Jürgen Weber / Claudia Reichmann
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

46-3 14. – 16. November

Bildungspolitik und politische Bildung

In Kooperation mit dem LV Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung
Leitung: Peter Hampe
Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

46-4 10. – 12. November

Probleme der EU-Erweiterung und der Verfassung für Europa

Tagungsort: Passau

Journalistenseminar in Zusammenarbeit mit der EU-Kommission und dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder / Jochen Kubosch / Gerd Brunner

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

47-1* 21. – 22. November

Politische Reform und Politische Wissenschaft

Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

47-3 18. – 20. November

Forum Politische Bildung

Aktuelle Herausforderungen für die politische Bildungsarbeit

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Volkshochschulverband

Leitung: Heinrich Oberreuter / Klaus Grosch

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

48-1* 24. – 28. November

Globalisierung als Themenfeld im GSE-Unterricht der Hauptschule

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe / Eva Post

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

48-2 28. – 29. November

Kleine Schritte gegen rechte Tritte? Konzepte gegen Rechtsextremismus

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

48-4* 24. – 26. November

Aktuelle Probleme der Verbraucherpolitik

Tagung mit dem Verbraucherservice Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Heike Bäuerle

H.Baeuerle@apb-tutzing.de

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hält u. a. Vorträge im Rahmen eines Expertentreffens in Stellenbosch (Südafrika) zum Thema „The relationship between State and Civil Society, creating space for the role of Non Governmental Organisations“, in Casablanca sprach er im Rahmen der Tagung „Les élections législatives de 2002: Enjeux et Perspectives“ über „Aperçu sur le système électoral allemand“. „Was braucht Bayern?“ war das Thema beim Tutzinger Sonntagsgespräch, das er mit dem SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Franz Maget führte. Außerdem war er Sachverständiger bei einem Hearing des Sächsischen Landtages zu „Perspektiven der Totalitarismusforschung“.

Für seine besonderen Verdienste um die Entwicklung der freiheitlichen demokratischen Idee im Freistaat Sachsen wurde Heinrich Oberreuter mit der Sächsischen Verfassungsmedaille ausgezeichnet (siehe Seite 23).

KOLLEGIUM

Prof. Dr. Peter Hampe hat im Sommersemester 2003 an der TU Chemnitz einen Lehrauftrag über „Grundlagen der Wirtschaftsordnung und der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wahrgenommen. Für den KKV Hansa München referierte er über „Weltwirtschaftliche Auswirkungen des Terrorismus“; für die Konrad-Adenauer-Stiftung sprach er in Suhl über „Begriff, Felder und Triebkräfte der Globalisierung“ und diskutierte mit Frau Claudia Nolte, MdB im Rahmen des Gothaer Schloßgesprächs über die Frage: „Was ist neu an der Globalisierung?“.

Dr. Michael Piazolo hat sich mit einer Arbeit zum Thema „Solidarität in der Europäischen Union“ an der Universität Augsburg im Fach Politikwissenschaft habilitiert und ist dort zum Privatdozent ernannt worden. Im Sommersemester gibt er ein Proseminar „Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik im 20. und 21. Jahrhundert“ an der Universität Augsburg.

KURATORIUM



Wilhelm Ebert, längstgedienter Kurator, konnte kürzlich seinen 80. Geburtstag feiern. Die Gremien der Akademie und alle Beschäftigten gratulieren ihm dazu herzlich und wünschen noch viele gesunde Lebensjahre voller Tatkraft und Energie an der Seite seiner Frau. Ebert gehört dem Kuratorium seit der Gründung an.

Von 1955 bis 1962 und von 1967 bis 1984 war er Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), seither dessen Ehrenpräsident. Von 1979 bis 1993 bekleidete er das Amt des Präsidenten des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). Ebert ist Träger zahlreicher Orden und Auszeichnungen.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing